

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 160

HERBST 2005

€ 0,50

Wähler sagen: Sozialraub, nein Danke PDS/WASG – Hindernis für Klassenkampf

Der Versuch der europäischen Bourgeoisien, die in Jahrzehnten von Kämpfen errungene soziale Absicherung zu zerstören, hat, nachdem die Volksabstimmungen über die EU-Verfassung in Frankreich und Holland verloren wurden, erneut auf parlamentarischer Ebene einen Dämpfer bekommen. Die deutschen und europäischen Kapitalisten hatten darauf gehofft, dass eine neue deutsche Regierung aus CDU/CSU und FDP einen entschiedenen Angriff auf den „Sozialstaat“ durchführen würde und dafür eine eindeutige Mehrheit bekommen würde. Dieses Projekt ist kläglich gescheitert, und die internationale Bourgeoisie heult darüber, dass in Deutschland jetzt eine Phase der Instabilität heraufzieht, weil es keine deutliche Regierungsmehrheit gibt, die die Angriffe auf die Arbeiterklasse durchführen kann. Die SPD ist zerrissen worden einerseits darüber, mit den kleinbürgerlichen Grünen die Drecksarbeit für die Kapitalisten zu machen, und andererseits zu versuchen, ihre Basis in der Arbeiterklasse anzusprechen, wie in den letzten Wochen vor der Wahl, womit sie eine totale Niederlage verhinderte. So zeigte die SPD die Auswirkungen des Horrorkatalogs des CDU-„Finanzexperten“ Kirchhof auf, der keinen Hehl daraus machte, dass er das Geld von den Arbeitern klauen wollte. Jetzt verschachert sie das Kapital, das sie mit ihrer Wahlrhetorik unter den Arbeitern gewonnen hat, für Ministerposten in einer großen Koalition mit der CDU, deren Aufgabe es sein wird, die sozialen Angriffe



Berlin, 13. September: Ver.di-Protest gegen Sozialraub des SPD/Linkspartei.PDS-Senats, der 3000 Charité-Arbeiter feuern will

Spartakist

auf die Arbeiterklasse weiterzuführen, wenn möglich noch schärfer.

Nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen zwischen der SPD/Grünen-Regierung und den Gewerkschaften über die Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse und die Kriege auf dem Balkan und in Afghanistan spalteten sich Teile der Gewerkschaftsbürokratie von der SPD ab und bauten die WASG auf. Die WASG/Linkspartei.PDS konnte in den Industriezentren Westdeutschlands, und hier insbesondere im Saarland, wo sie beinahe 20 Prozent bekam, sich eine Basis aufbauen und im Osten im Vergleich zur PDS vor

Fortgesetzt auf Seite 11

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

New Orleans: Kapitalistische Herrscher überlassen Schwarze und Arme dem Tod Rassistische Grausamkeit

Folgende Erklärung wurde am 4. September von der Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), herausgegeben.

Für eine geplante Wirtschaft unter Arbeiterkontrolle!

„Wir sterben!“ Das war der verzweifelte Aufschrei jener größtenteils schwarzen Menschen, die von den durch den Hurrikan Katrina ausgelösten Überschwemmungen eingeschlossen wurden, die 80 Prozent von New Orleans unter Wasser gesetzt und weite Teile Süd-Louisianas und Mississippis verwüstet haben. Naturkatastrophen wie Hurrikans kommen vor, doch das Inferno, das sich an der Golfküste ereignet, ist von Menschenhand gemacht. Nachdem die Regierung tatenlos zugesehen hat, wie hilflose Menschen leiden, hungern und sterben, erklärt sie nun, es sei nicht der angemessene Zeitpunkt für Schuldzuweisungen. Genau jetzt *ist* der richtige Zeitpunkt, die kapitalistischen Kriminellen, die dieses Land regieren, anzuklagen. Dieses anarchische, irrationale, von der Jagd nach Profiten getriebene System vermag nicht einmal für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung zu sorgen – das System muss weg.

Diese Katastrophe hat die Klassen- und Rassengegensätze in Amerika bloßgelegt. Es liegt in der Logik des US-Kapitalismus, dass Weiße vor allem Eigentum verloren,

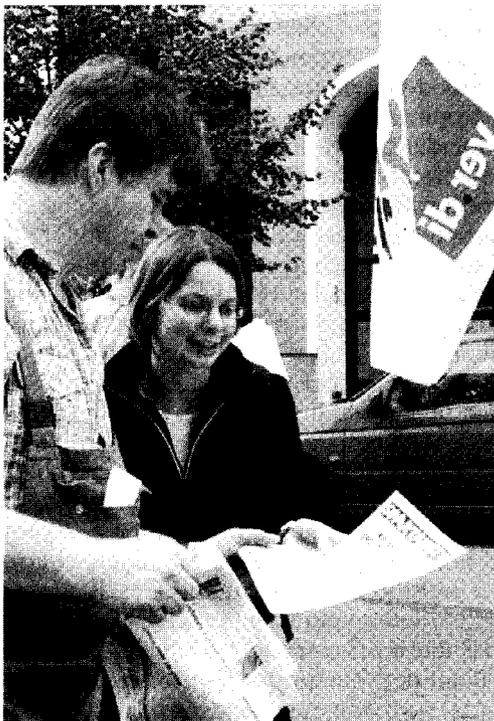


New Orleans: Verzweifelte Hurrikan-Opfer mußten tagelang darauf warten, aus überfluteter Stadt transportiert zu werden

Schwarze aber ihr Leben. Es sind vor allem schwarze Menschen, von den Herrschern als „entbehrlich“ angesehen, die zu Tausenden in dieser zu zwei Drittel schwarzen Stadt litten und umkamen. Weil sie keine Autos hatten, um aus der Stadt zu kommen, oder Kreditkarten, um Motelzimmer zu bezahlen. Weil sie es sich im Allgemeinen nicht leisten können, in höhergelegenen Gegenden zu wohnen. Diese

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Quoten der Abokampagne 2005

Berlin	110
Hamburg	100
Auf Entfernung	10
Gesamt	220

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

160

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

New Orleans...

Fortsetzung von Seite 3

katastrophale Vernichtung von Leben und Existenzen unterstreicht die Tatsache, dass die Unterdrückung der Schwarzen grundlegend im amerikanischen Kapitalismus verwurzelt ist und erst aufhören wird, wenn eine sozialistische Revolution den gierigen Herrschern Macht und Pro-



Schwer bewaffnete Spezialeinheiten der Polizei patrouillieren außerhalb des New Orleans Convention Center

duktionsmittel entreißt und sie in die Hände der Werktätigen legt.

Dies ist ein Fall von sich immer wieder überbietender Kriminalität. Der unsägliche, hämisch grinsende George W. Bush kürzte seinen fünfwöchigen Urlaub um einige Tage ab, um das Katastrophengebiet von seinem Präsidentenjet aus zu begutachten, und stellte die dümmliche Frage: Wer konnte vorhersehen, dass die Deiche brechen würden? Antwort: Jeder. Seit Jahren warnten Wissenschaftler und Vertreter des Army Corps of Engineers (Pioniertruppen der Armee), dass die Deiche bereits absackten und einem mächtigen Hurrikan nicht widerstehen könnten. Doch selbst die bescheidene Millionensumme, die für Ausbesserung und Verstärkung vorgesehen war, wurde gekürzt und zur Bezahlung der Besetzung des Irak und des Schwindels vom „Krieg

gegen den Terror“ umgeleitet, während die Stinkreichen noch mehr Steuersenkungen bekamen. Als sich der Hurrikan Katrina näherte, ordnete der schwarze demokratische Bürgermeister Ray Nagin eine vollständige Evakuierung von New Orleans an. Doch den 35 Prozent schwarzen Haushalten ohne Autos und den Zehntausenden älteren Menschen und Behinderten wurden keine Transportmittel zur Verfügung gestellt. *Sie wurden alle dem Tod preisgegeben.*

Dann brauchte die Regierung *fünf Tage* – bei Temperaturen um die 32 Grad, bei denen ältere Menschen in ihrem Rollstuhl starben und verzweifelte Mütter um Nahrung und Wasser bettelten –, um auch nur anzufangen, Hilfe zur Verfügung zu stellen. Bush erschien genau zu dem Zeitpunkt zu einem Fototermin in New Orleans, als die ersten Hilfskonvois dort eintrafen. Unterdessen behauptet sein Mann in der Federal Emergency Management Agency (FEMA, amerikanische Zivilschutzbehörde), die Regierung hätte nicht gewusst, dass sich Tausende im Convention Center befunden haben – obwohl Hunderte Millionen von Fernsehzuschauern auf der ganzen Welt Szenen verfolgen konnten, die an Konzentrationslager oder Zustände auf einem Sklavenschiff bei der Atlantiküberfahrt erinnerten.

Kaum einen Tag nach der Überschwemmung machten die Regierung und ihre Sprachrohre bei den Medien die Opfer zu „Kriminellen“ und stellten Schwarze als „Plünderer“ hin, während Weiße in örtlichen Lebensmittelläden Waren „entdeckten“. Bürgermeister Nagin stellte Such- und Rettungsaktionen ein und setzte die Polizeikräfte nun zur Verhinderung von Plünderungen ein. Mit menschenverachtender Gleichgültigkeit gegenüber den verzweifelten Massen verkündete die Gouverneurin von Louisiana, Kathleen Blanco, dass 300 Mitglieder der Nationalgarde von Arkansas nach New Orleans beordert worden seien – nicht um den Überlebenden zu helfen, sondern um sie zu terrorisieren: „Diese Soldaten wissen, wie man schießt, um zu töten ... und ich erwarte, dass sie es tun werden.“

Als sich die *New York Times* (3. September) der Anti-Plünderer-Hysterie anschloss, musste sie dennoch zugeben, dass diejenigen, die von der Regierung allseits im Stich gelassen wurden, in den jungen schwarzen Männern, die „Milch und Nahrungsmittel gefunden haben“ oder die in protzige Hotelküchen eingebrochen waren, um ein gewaltiges Frühstück an die im Convention Center Gestrandeten zu verteilen, „Robin-Hood-Gestalten“ sahen. Das sind die Helden dieser Katastrophe. Die amerikanische herrschende Klasse hat ganze Länder und Kontinente ausgeplündert, in diesem Land die Rentenfonds der Arbeiter ausgeblutet und in sich selbst Rekordprofite hineingeschlungen, während sie Gelder aus der Gesundheitsversorgung, aus dem Bildungswesen und für Katastrophenschutzmaßnahmen wie Hochwasserschutz zweckentfremdet hat. Und jetzt nehmen die Ölgesellschaften die Katastrophe zum Anlass, die Preise weiter hochzutreiben.

Heute enthüllen die Verwalter des kapitalistischen Staates, wie unglaublich tiefgehend ihre Klassenverachtung und ihre Ignoranz ist – sie glaubten, sie könnten die Armen, Alten und Kranken von New Orleans einfach ihrem Schicksal überlassen, während jeder auf den Ölplattformen im Golf vor dem Sturm evakuiert wurde. Kommentatoren sprechen nun vom „Sturm nach dem Sturm“ und raten Amerikas Herrschern, sich auf sozialen Zündstoff bei den unteren Gesellschaftsschichten einzustellen. Selbst vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen ist die anscheinende Gleichgültigkeit der Regierung gegenüber der Zerstörung einer bedeutenden

Fortgesetzt auf Seite 20



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Hamburg

Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!

10. November 2005

Ein revolutionäres Programm für den Kampf gegen imperialistischen Krieg

8. Dezember 2005

Für eine sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

12. Januar 2005

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Jeweils Donnerstag, 18.30 Uhr

Curio-Haus, Hinterhaus
Geschäftsstelle der GEW, Raum B
Rothenbaumchaussee 15
(S-Bahn Dammtor)

Weitere Termine bitte erfragen unter: (0 40) 32 36 44

Schließ dich der Spartakist-Jugend an!

Nachfolgend drucken wir das leicht überarbeitete Zehn-Punkte-Programm der Spartakist-Jugend ab, das zuerst am 6. Januar 2003 veröffentlicht wurde. Punkt 7 wurde so geändert, dass nun nicht nur eindeutig klar ist, dass wir gegen alle Gesetze gegen Prostitution, Pornographie usw. sind, sondern auch, dass Prostitution für uns zu den „Verbrechen“ ohne Opfer gehört. Damit macht das Jugend-Programm unmissverständlich deutlich: „Gesetze, die solche persönlichen einverständlichen Aktivitäten kriminalisieren, sind krasse Einmischungen ins Privatleben.“

Das Ziel der Spartakist-Jugend ist es, Jugendliche durch Studium sowie aktive politische Intervention in marxistischer Politik auszubilden. Wir kämpfen dafür, Jugendliche zu der Perspektive zu gewinnen, eine revolutionäre Partei aufzubauen. Dafür beteiligen wir uns an sozialen Kämpfen auf der Universität sowie von Arbeitern und Unterdrückten. Wir sind die Jugendorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), der deutschen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Die Spartakist-Jugend ist eine Übergangsor-

ganisation, sie ist organisatorisch unabhängig von der SpAD und kämpft mit ihr Seite an Seite auf der Basis unseres gemeinsamen proletarischen, revolutionären und internationalistischen Programms, des Programms von Marx, Engels, Lenin und Trotzki, für neue sozialistische Revolutionen weltweit. Unser Vorbild ist die russische Oktoberrevolution 1917. Wir streben danach, Jugendliche und Studenten für die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse zu gewinnen. Wir führen politische Kämpfe gegen linke Organisationen, die mit ihrem reformistischen Programm versuchen, die Wut der Jugendlichen auf diese Gesellschaft in Unterstützung der Sozialdemokratie zu kanalisieren. Die Sozialdemokratie ist eine der letzten Stützen des verfaulenden Kapitalismus.

Wenn du mit dem folgenden Programm übereinstimmst und für eine sozialistische Zukunft, frei von kapitalistischer Ausbeutung, rassistischer Unterdrückung und imperialistischer Schlächtereier, kämpfen willst, dann tritt in die Spartakist-Jugend ein.

Zehn-Punkte-Programm

1 Mobilisiert Jugendliche und Studenten hinter der sozialen Macht der multiethnischen Arbeiterklasse mit ihrem riesigen revolutionären Potenzial! Sie ist fähig, den kapitalistischen Staat hinwegzufegen! Dieser Staat, der im Wesentlichen aus Bullen, Gerichten, Gefängnissen und der Armee besteht, ist das ausführende Organ der herrschenden Klasse, ein Instrument der organisierten Gewalt der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten. Er muss durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden! Kein Vertrauen in die kapitalistischen Bullen und Gerichte, denn der Staat ist nicht neutral! Verteidigt die Opfer von rassistischem Staatsterror! Freiheit für alle linken Gefangenen! Weg mit den „Anti-Terror“-Paragraphen 129, 129a und 129b! Für das Recht, Waffen zu tragen, und das Recht auf Selbstverteidigung! Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um Nazis zu stoppen! Man kann Faschisten nicht durch Verbotsappelle an den kapitalistischen Staat bekämpfen. Die Nazi-Mörderbanden sind die Reservearmee der Kapitalisten zum Angriff gegen Immigranten, Linke und die Arbeiterbewegung und keine Gesprächspartner. Das Proletariat ist international und multiethnisch. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

2 Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es bis hierher geschafft haben! Nieder mit dem rassistischen „Zuwanderungsgesetz“! Nieder mit dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz und der rassistischen Rasterfahndung! Stoppt Abschiebungen durch Arbeiteraktionen! Ethnische Minderheiten bilden einen strategisch wichtigen Teil der Arbeiterklasse. Sie stehen an vorderster Front des Klassenkampfes und bilden eine entscheidende Brücke zur internationalen Arbeiterklasse. Nieder mit dem rassisti-

schen Arbeitsverbot für Flüchtlinge! Weg mit dem Verbot von linken Organisationen wie der PKK und anderen kurdischen Vereinen! Für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation!

3 Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Organisiert die Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Nicht Alt gegen Jung, nicht Ost gegen West, nicht Männer gegen Frauen oder Deutsche gegen Immigranten, sondern Klasse gegen Klasse! Für eine revolutionäre, klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Streikpostenkettens werden nicht überquert! Für gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen! Arbeit für alle zu gewerkschaftlich festgelegten Löhnen! Bullen und Wachschutz raus aus den Gewerkschaften! Der kapitalistische Staat und seine Gerichte haben in den Gewerkschaften nichts zu suchen! Für revolutionären Klassenkampf, um alle gewerkschaftsfeindlichen Gesetze hinwegzufegen!

4 Deutschland ist ein imperialistisches Land im chronischen kapitalistischen Verfall. Wir kämpfen für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Die Europäische Union ist ein imperialistisches Bündnis europäischer Kapitalisten, dominiert vom deutschen Imperialismus, das den Krieg gegen Immigranten weiter verschärft als Speerspitze eines Angriffs gegen das Proletariat als Ganzes. Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Nein zu europäischen „Krisenreaktionskräften“! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Nach der Konterrevolution 1990 strebt der deutsche Imperialismus danach, eine größere Rolle in der Welt zu spielen. Alle Bundeswehr/UN/NATO/OSZE-Truppen raus aus dem Balkan,

Fortgesetzt auf Seite 6

Zehn-Punkte-Programm...

Fortsetzung von Seite 5

Afghanistan und dem Nahen Osten! Keinen Mann, keinen Cent für die Bundeswehr! Nieder mit der Wehrpflicht und jedem Zwangsdienst! Kommunisten gehen nicht als Freiwillige in die bürgerliche Armee. Wenn wir jedoch in die Bundeswehr eingezogen werden, gehen wir als revolutionäre Marxisten gemeinsam mit der Arbeiterklasse. In einer revolutionären Situation ist der Schlüssel zum proletarischen Sieg, die Armee entlang der Klassenlinie zu spalten. Die UNO ist eine Höhle imperialistischer Räuber und ihrer Verbündeten und handelt gegen Arbeiter und Unterdrückte weltweit.

5 Verteidigt die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949, die die Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlug und die Produktionsmittel kollektiviert! Für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution im Innern! Für die Errichtung von Regierungen der Arbeiterdemokratie, basierend auf Arbeiterräten und dem Prinzip des proletarischen Internationalismus! Die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa hat zu verschärfter kapitalistischer Ausbeutung, verstärktem rassistischen Terror, einer Zunahme imperialistischer Kriege, Massenarbeitslosigkeit und massiven Angriffen auf die Rechte der Frauen geführt. Wir kämpften 1989/90 für ein Rotes Rätedeutschland: für eine politisch-proletarische Revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen, und für eine sozialistische Revolution in der BRD, um die Kapitalisten zu stürzen. Die SED-PDS war entscheidend dafür verantwortlich, die pro-kommunistischen Arbeiter der DDR in die Konterrevolution zu treiben und die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz auszuverkaufen. Die SPD war das trojanische Pferd der Konterrevolution! Es war nur die IKL, die gegen die Konterrevolution gekämpft hat und darum rang, der Arbeiterklasse revolutionäre Führung zu geben.

6 Die Rote Armee zerschlug das Naziregime! Die deutsche Bourgeoisie hat die alleinige Verantwortung für den Holocaust! Nur Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocausts rächen! Wir sind die konsequentesten Gegner von Antisemitismus und stehen an vorderster Front im Kampf gegen dieses Gift, das die Unterdrückten spalten soll. Die Lüge von der Kollektivschuld aller Deutschen am Holocaust dient dazu, die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie von Auschwitz zu ketten und diese von jeder Verantwortung am Nazivölkermord zu befreien. Dieselben deutschen Imperialisten, die Hitler an die Macht gebracht hatten, waren nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich am Aufbau des zionistischen Staates Israel beteiligt, der seit seiner Gründung die Palästinenser mit Nazi-Methoden blutig unterdrückt. Verteidigt das palästinensische Volk! Antizionismus ist nicht Antisemitismus! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Keine Illusionen in die UNO! Für den Aufbau trotzkistischer Avantgardeparteien im Nahen Osten! Für das Recht auf Selbstbestimmung sowohl des hebräisch-sprachigen als auch des palästinensischen Volkes in einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens! Für sozialistische Revolution gegen die zionistischen Schlächter und die Emire, Scheichs, Obristen und Mullahs, die die arabischen arbeitenden Massen unterdrücken.

7 Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr auf höchstem Niveau! Für kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung! Weg mit dem reaktionären Ladenschlussgesetz! Die Familie ist das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frauen. Bullen, Pfaffen und Richter raus aus den Schlafzimmern, Klassenzimmern und Arztpraxen! Weg mit den Gesetzen zur Minderjährigkeit! Nieder mit Anti-Sex-Kampagnen! Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Gegen die staatliche Verfolgung von Prostituierten! Nieder mit allen Gesetzen gegen „Verbrechen“ ohne Opfer, wie z. B. Prostitution, jeglicher anderer Sex im gegenseitigen Einverständnis, Pornographie und Drogenkonsum. Gesetze, die solche persönlichen einverständlichen Aktivitäten kriminalisieren, sind krasse Einmischungen ins Privatleben.

8 Für die Trennung von Kirche und Staat! Die Kirche ist eine Stütze des Kapitalismus. In der DDR nutzte die SPD die evangelische Kirche als Transmissionsriemen, um den Arbeiterstaat zu zerstören. Kirche raus aus Kindergärten und Schulen! Weg mit der Kirchensteuer! Verteidigt die Wissenschaft gegen Aberglauben und Mystizismus! Gegen jegliche Zensur von Medien durch Moralprediger von „Zucht und Ordnung“ wie Medienräte!

9 Für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau für alle! Nieder mit den Studiengebühren! Weg mit der rassistischen und diskriminierenden Einteilung von Schülern auf verschiedene Schultypen wie Hauptschulen und Gymnasien! Für das Recht, in der Sprache eigener Wahl unterrichtet zu werden! Für offenen Zugang zur Universität mit einem staatlich bezahlten Stipendium für alle! Unis unter die Kontrolle von Uniarbeitern, Studenten und Lehrkräften!

10 Die Sozialdemokratie (SPD und PDS) ist das historische Hindernis für eine proletarische Revolution in Deutschland, da sie die Arbeiter und Unterdrückten an die Bourgeoisie bindet. SPD und PDS sind bürgerliche Arbeiterparteien, bestehend aus einer proletarischen Basis, aber einer prokapitalistischen Führung. Wir kämpfen dafür, die Arbeiterklasse von dieser Führung zu brechen. Die SPD wurde mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 endgültig zum Lakaien der Kapitalisten! Für den Aufbau einer trotzkistischen Avantgardepartei in Tradition der Bolschewiki von 1917, die als Volkstribun aller Unterdrückten auftritt! Solch eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei ist notwendig, um das Proletariat in einer sozialistischen Revolution zum Sieg zu führen. Für eine sozialistische Planwirtschaft, in der die Arbeiter die Produktionsmittel besitzen! Für neue Oktoberrevolutionen auf dem ganzen Planeten! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! ■

Veranstaltung der Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 28. Oktober, 18 Uhr

Videovorführung

„Mumia Abu-Jamal – Live from Death Row“

Im Anschluß: Referat und Diskussion

Treff: Café Nancy, Weserstr. 5, Ecke Hobrechtstr.,

Nähe U-Bhf. Hermannplatz

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Nach verbrecherischen Bombenanschlägen in London: Verteidigt Muslime gegen Labours rassistische Hexenjagd! US-/britische Truppen raus aus dem Irak!

Nachfolgend drucken wir die Erklärung der Spartacist League/Britain vom 21. Juli 2005 ab.

Innerhalb von Stunden nach den schrecklichen Londoner Bombenanschlägen [7. Juli], bei denen über 50 Menschen getötet und Hunderte verletzt wurden, nahm Tony Blair diese Gräueltat zum Vorwand, um den „Krieg gegen den Terror“ zu eskalieren. Damit eins klar ist: Diese Bombenanschläge waren eine verbrecherische Tat von unentschuldigbarem Terror. Wie beim Angriff auf das World Trade Center und den Bombenanschlägen auf Pendlerzüge in Madrid letztes Jahr haben die Täter die gleiche Denkweise wie die imperialistischen Herrscher, da sie die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung mit der Politik der kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker gleichsetzen. Die Bomben hatten nicht Bush oder Blair zum Ziel, die in Schottland

beim G8-Gipfel waren, sondern die multiethnische arbeitende Bevölkerung von London: Gegenden wie Edgware Road, wo überwiegend Araber wohnen; Aldgate, das Herz der Bangladeschi-Gemeinde; Kings Cross und Russell Square, wo täglich Hunderttausende einfacher Menschen jeder Rasse und Ethnie durchfahren.

Bush und Blair, deren brutale Besetzung des Irak schätzungsweise 100 000 Menschen das Leben gekostet hat, verurteilten selbstgerecht die Terroristen dafür, Unschuldige getötet zu haben. Hinter ihren Krokodilstränen für diejenigen, die bei den Londoner Bombenanschlägen getötet und verwundet wurden, versuchen sie die berechtigte Empörung und Sympathie der Bevölkerung für die Opfer und ihre Familien abzulenken, um ihre Herrschaft im eigenen Land und

Fortgesetzt auf Seite 8

Jean Charles de Menezes durch Polizei hingerichtet

Am Morgen nach dem falschen Bombenalarm vom 21. Juli in London tötete die Polizei den 27-jährigen Elektriker Jean Charles de Menezes, ein brasilianischer Immigrant, in der U-Bahn auf seinem Weg zur Arbeit. Als er aufstand, ergriffen sie ihn, hielten ihn nieder und schossen ihm sieben Kugeln in den Kopf und eine achte in die Schulter. Diese kaltblütige Hinrichtung durch Bullen zeigt, worum der ganze „Krieg gegen den Terror“ geht – die tödliche Repressionsgewalt des Staates gegen die Bevölkerung auszubauen, in erster Linie gegen Immigranten. Die „Todeschuss“-Operationen der britischen Polizei gab es schon vor Beginn des „Kriegs gegen den Terror“, wie die irisch-katholische Bevölkerung allzu gut weiß.

1999 schossen sie Harry Stanley in Hackney nieder; die Polizei behauptete, der 46-jährige Schotte „klang irisch“ und habe eine abgesägte Schrotflinte bei sich – es war ein Tischbein. 1996 durchsiebte die SAS [Armee-Spezialeinheit] den unbewaffneten IRA-Unterstützer Diarmuid O’Neill frühmorgens in seinem Haus bei einer Razzia mit Kugeln und behauptete später, er wäre bei einer „Schießerei“ gestorben. Und die unerträglich lange Liste von Todesfällen in Polizeigewahrsam, hauptsächlich von Schwarzen, wurde nun um den 32-jährigen Paul Coker in Plumstead, Südost-London, ergänzt.

Die Regierungspolitik seit den Bombenanschlägen vom 7. Juli hat zu einer Verfünffachung von rassistischen Schikanen gegen Asiaten und Muslime geführt. Es gab einen Brandanschlag auf eine Moschee; einem zwölfjährigen muslimischen Kind hielt in London ein Polizist die Pistole

an den Kopf; zahllose Asiaten wurden auf Flughäfen, auf Bahnhöfen, im Auto oder auf dem Fußgängerweg zur Vernehmung festgehalten und durchsucht. Der Großteil der Muslime in Britannien

hat bangladeschischen und pakistanischen Hintergrund, und eine neue Studie des TUC (Gewerkschaftsdachverband) besagt, dass 69 Prozent von ihnen in Armut leben.

Die Familie von Menezes fordert, dass es eine öffentliche Untersuchung gibt und die verantwortlichen Polizisten wegen Mord angeklagt werden. Wir unterstützen jeglichen Versuch der Familie, dafür zu sorgen, dass in irgendeiner Form Gerechtigkeit geübt wird. Aber wir haben keine Illusion, dass dies durch eine öffentliche Untersuchung erreicht wird. Über 30 Jahre nach dem Bloody Sunday (Blutsonntag), als die britische Armee 1972 in Derry 14 Katholiken erschoss, nach einer öffentlichen Untersuchung, die über 400 Tage lang die Aussagen von über 900 Zeugen aufnahm, hat der britische Staat immer noch nicht zugegeben, dass die Armee die Tötungen beging; man hat noch nicht mal zugegeben, dass die Opfer unbewaffnete protestierende Bürgerrechtsaktivisten waren. General Sir Michael Jackson, der an dem Tag in Derry der Führer des Fallschirmspringerregiments war, ist heute Chef der britischen Armee und beaufsichtigt die blutige Besetzung des Iraks.



Reuters

London...

Fortsetzung von Seite 7

im Ausland zu stärken. Wie *Guardian*-Journalist Seumas Milne bemerkte, kann man bereits als „Verräter“ denunziert werden, wenn man nur die Bombenanschläge mit Britanniens Rolle im Irak und in Afghanistan in Verbindung bringt, die für Millionen offensichtlich ist; wenn man Blairs Behauptung in Frage stellt, dass die Bombenanschläge ein Angriff „auf unsere Lebensart“ gewesen seien, wird man als „ein Verfechter von Terror“ gebrandmarkt.

Für Millionen überall auf der Welt bedeutete die „Lebensart“ des britischen Imperialismus unermesslichen Terror. Kurden im heutigen Irak, einem vom britischen Imperialismus geschaffenen Land, wurden 1919/20 von den britischen Kolonialherren aus der Luft bombardiert, während Araber mit Granaten beschossen wurden. Die Balfour-Deklaration von 1917 schuf die Voraussetzungen, um den Staat Israel aus der Heimat der Palästinenser herauszuschneiden. Die blutige Teilung Indiens unter der Labour-Regierung von Clement Attlee führte zu einem kommunalistischen Gemetzel von noch nie dagewesenem Ausmaß. Dies bereitete den Boden für mörderische religiöse und ethnische Konflikte, die bis heute anhalten, ebenso wie die Armut, das Elend und die Verzweiflung unzähliger Menschen vom indischen Subkontinent über den Nahen Osten bis Afrika.

Millionen in diesem Land gingen auf die Straße, um gegen das drohende imperialistische Gemetzel im Irak 2003 zu protestieren, und Britanniens Rolle bei der brutalen Besetzung des Irak brachte Blair Verluste bei den letzten Wahlen. In diesem Zusammenhang wurde Londons Bürgermeister Ken Livingstone dadurch, dass er bei den Demonstrationen gegen den Irakkrieg eine prominente Rolle spielte, zum idealen Kandidaten, einen patriotischen „Einheits“-Kreuzzug gegen „Terrorismus“ anzuführen. Flankiert von Führern aller großen Religionen, sprach Livingstone am 14. Juli vor der Menschenmenge bei einer Gedenkfeier für die Opfer und tonte: „Sie sehen die Welt versammelt in einer Stadt, in Harmonie lebend, als ein Vorbild für alle.“ Livingstones Rede hätte von der Socialist Workers Party (SWP, in Deutschland Linksruck) geschrieben sein können, die bei diesem „Einheits“-Chor in erster Reihe stand. Ihre Erklärung vom 7. Juli zu den Bombenanschlägen verkündete: „London ist ein Zentrum des Friedens, die am meisten multirassische Stadt in Europa und ein globales Zentrum der Opposition gegen den Krieg und die Besetzung Iraks und Afghanistans.“

Das ist eine schamlose und groteske Leugnung der Realität, wie das Leben für Londons Arbeiterklasse und Arme aussieht, besonders für Immigranten und Minderheiten, deren tägliche Plackerei lange Arbeitszeit und erbärmliche Bezahlung bedeutet, während sie routinemäßig von der rassistischen Presse, der Regierung und der Polizei diffamiert werden. Seit dem 11. September sind bei Ringfahndungen der Polizei mehr als 600 Ausländer aufgrund von „Anti-Terrorismus“-Gesetzen festgenommen worden, die überwältigende Mehrheit wurde später freigelassen. Die Hand voll Inhaftierter, denen nichts anderes vorgeworfen wird, als des „Terrorismus verdächtig“ zu sein, sind in Britanniens eigenem Guantánamo – dem Belmarsh-Gefängnis – eingesperrt oder ansonsten elektronisch überwacht unter „Hausarrest“.

Muslimisch zu sein heißt verdächtig zu sein. Kaum hatten Bomben die U-Bahn zerfetzt, als eine weitere Welle von rassistischen Attacken entfesselt wurde. Muslimische Organisationen erhielten 30 000 hasserfüllte E-Mails; Fenster von Moscheen wurden eingeschlagen und auf eine Moschee wurde ein Brandanschlag verübt. In Nottingham wurde ein muslimischer Mann, Kamal Raza Butt, von einer Bande ermordet, die „Taliban“ schrie, bevor sie ihn tötete. In

London, der angeblichen „Stadt des Friedens“, brachte die faschistische BNP ein Flugblatt heraus mit einem Bild des zerbombten Busses und mit der Erklärung, Leute sollten jetzt „anfangen, auf die BNP zu hören“. Muslime fürchten nun einen noch schlimmeren rassistischen Gegenschlag, da die Polizei sagt, dass die Bombenanschläge angeblich von britischen Muslimen ausgeführt worden seien.

Die Regierung plant mehr Festnahmen, mehr Abschiebungen und mehr drastische Polizeistaatsmaßnahmen. Es wird eine Reihe von neuen Straftatbeständen geschaffen werden, bei denen es im Wesentlichen um „Gedankenverbrechen“ geht, wie „Handlungen zur Vorbereitung von Terrorismus“, was das Aufsuchen von „terroristischen“ Websites bedeuten könnte; wie „indirekte Aufhetzung“, zu der „die Verherrlichung der Taten von Selbstmordattentätern“ genauso gehört wie „die Attacken auf die Werte des Westens“! Während der „Krieg gegen den Terror“ am unmittelbarsten gegen Muslime gerichtet ist, soll er die Unterdrückungsmaschinerie des kapitalistischen Staates verstärken, damit sie mit aller Macht gegen jeden eingesetzt werden kann, den die Regierung für einen Gegner hält, wie es gerade erst durch die Massenverhaftungen außerhalb des G8-Gipfels demonstriert wurde. Doch letzten Endes ist die multiethnische Arbeiterklasse die Zielscheibe.

Heute haben Blair und Livingstone die Unverfrorenheit, den Heldenmut der U-Bahn-Arbeiter, Feuerwehrleute, Krankenwagenfahrer und anderer zu bewundern, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um den Opfern der Bombenanschläge zu helfen. Aber jahrelang hat die Regierung die Lebens-, Arbeits- und Sicherheitsbedingungen dieser und anderer Arbeiter angegriffen. Und als die Gewerkschaften zurückgeschlagen haben, wie die Feuerwehrleute am Vorabend des Irakkriegs, wurden sie als der „Feind im Innern“ gebrandmarkt und mit der ganzen repressiven Gewalt des kapitalistischen Staates bedroht. Letzten Sommer rief Livingstone – der Chef der Transportarbeiter in der Hauptstadt – die Londoner U-Bahn-Arbeiter dazu auf, ihren eigenen Streik zu brechen. Profitgier und die Regierungspolitik stellen die größte Gefahr für das Leben der Passagiere dar. Das Feuer von Kings Cross 1987, das Zugunglück von Paddington 1999 und weitere Zugkatastrophen haben viel mehr Menschen das Leben gekostet als irgendwelche Terroristen. Jetzt versucht die Regierung, die Gesetze abzuschaffen, die – eingeführt, nachdem das Inferno von Kings Cross 31 Menschen das Leben kostete – schärfere Brandschutzbestimmungen anordneten!

Für Klasseneinheit der multiethnischen Arbeiterklasse!

Es ist ein Zeichen der Zeit, dass wir heute darauf hinweisen müssen, dass London eine in Klassen geteilte Stadt ist, ganz zu schweigen davon, dass es das Machtzentrum der bluttriefenden britischen herrschenden Klasse ist. Trotz Britanniens industriellem Niedergang ist die City immer noch ein Dreh- und Angelpunkt für internationales Kapital. Am Tag der Bombenanschläge fielen die Aktienkurse, was auf seine Weise zeigt, dass die Belegschaft von U-Bahn und Bussen eine gewaltige soziale Macht hat – die Banken und die Börse der City sind vom Transportsystem abhängig. Gerade diese soziale Macht muss im Klassenkampf eingesetzt werden zur Verteidigung von Immigranten, Minderheiten und den Gewerkschaften selber gegen den rassistischen „Krieg gegen den Terror“. Als revolutionäre Internationalisten bezogen wir eine Seite in dem Krieg, indem wir zur Verteidigung des Irak aufriefen, ohne dem Regime von Saddam Hussein irgendwelche politische Unterstützung zu geben. Ebenso muss das Proletariat dafür mobilisiert werden, die irakischen Völker gegen die grausamen britischen und US-Besatzungstruppen zu verteidigen durch Klassenkampf im

eigenen Land gegen die britischen imperialistischen Herrscher! *Alle US-/britischen Truppen raus aus dem Irak, sofort! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Keine Abschiebungen! Für Mobilisierungen von Gewerkschaften/Minderheiten gegen faschistischen Terror!*

Wir lehnen ganz entschieden die Appelle zur „Einheit“ aller Klassen ab, die nur dazu dient, die Kontrolle der imperialistischen Herrscher dadurch zu stärken, dass sie die Arbeiterklasse und die Unterdrückten ausgerechnet an ihre Ausbeuter und Unterdrücker kettet. Im Gegensatz zur Socialist Party [in Deutschland SAV], die offen dazu aufruft, das Proletariat für den so genannten „Krieg gegen den Terror“ zu mobilisieren, indem sie an die Gewerkschaften und die Stop the War Coalition appelliert, einen Massenprotest unter der Losung „Nein zum Terrorismus, nein zum Krieg“ zu organisieren. Das passt genau zu der Politik von Labour-Abgeordneten „gegen den Krieg“ wie Alice Mahon, die gegen Blairs Einmarsch in den Irak ist von dem Standpunkt aus, dass er zur Zeit nicht im besten Interesse des britischen Imperialismus sei, wobei sie argumentiert, dass er eine Ablenkung vom „Krieg gegen den Terror“ im eigenen Land sei.

Als Marxisten lehnen wir Terrorismus als Strategie ab, selbst wenn er von echten, allerdings fehlgeleiteten, antiimperialistischen Impulsen herrührt und wirkliche Institutionen staatlicher Unterdrückung zur Zielscheibe hat – was auf die Londoner Bombenanschläge eindeutig nicht zutrifft. Individuelle Handlungen gegen die Symbole imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung sind kein Ersatz für die Aufgabe, die Arbeiterklasse zum revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems zu mobilisieren, sondern ihr direkt entgegengesetzt. Aber die erklärte Gegnerschaft der Socialist Party zum „Terrorismus“ ist nichts anderes als ein Aufruf, das Proletariat für den von der Regierung geführten „Krieg gegen den Terror“ zu mobilisieren. Indem die Socialist Party ein Gleichheitszeichen zwischen den imperialistischen Mächten und den islamischen Terroristen setzt, kapituliert sie in Wahrheit vor dem britischen und US-Imperialismus, den mächtigsten und gefährlichsten terroristischen Kräften auf diesem Planeten. Dies ist keine besondere Überraschung bei einer Organisation, die darauf stolz ist, dass sie *nicht* fordert: Britische Truppen raus aus Nordirland – was die elementarste Forderung ist, die man als Gegner des britischen Imperialismus erheben muss.

Klassenunabhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Vorbedingung für jede echte sozialistische Gegnerschaft zum Imperialismus – sowohl gegen imperialistischen Krieg als auch gegen Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Minderheiten im eigenen Land. Aber die ganze Logik der von der SWP initiierten Antikriegsproteste baut darauf auf, eine wei-

tere Version von „nationaler Einheit“ zu verkaufen – von der Arbeiterklasse und den Unterdrückten, die gegen die Besetzung des Irak sind, mit einem „vernünftigeren“ Flügel der herrschenden Klasse, der glaubt, die Interessen des britischen Imperialismus würden Schaden nehmen, wenn man einfach als „Beifahrer“ von Bushs Weißem Haus mitmacht. Für die reformistische SWP ist die Lösung nicht der Sturz des Kapitalismus, sondern die britische Regierung dazu zu

Heathrow-Streik



Morning Star

Die soziale Macht der multiethnischen Arbeiterklasse in Britannien zeigte sich am 11. August mit gewaltiger Macht im zweitägigen Streik, der den Heathrow Airport, einen der geschäftigsten Flughäfen der Welt, zum Stillstand brachte. Das Bodenpersonal der British Airways streikte aus Protest gegen die Entlassung der asiatischen Arbeiter der Catering-Firma, hauptsächlich Sikh-Arbeiterinnen. Die integrier-

te Arbeiterschaft erkannte, dass ihre eigenen Interessen und die der asiatischen Catering-Arbeiter die gleichen sind, was die Macht der Klassensolidarität, die ethnischen Trennungslinien zu überwinden, zeigt. Außerdem widerlegt der Streik die vorherrschende Lüge, Arbeiter und Minderheiten seien machtlos gegen die Angriffe der Regierung. Dies ging der Labour-Führung der Transport and General Workers Union (TGWU) zu

weit, die angesichts der Hysterie der „nationalen Einheit“ die Streiks als ungesetzlich ablehnte und die Arbeiter zur Arbeit zurückschickte. Eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung würde die „nationale Einheit“ zurückweisen, um die **Klasseneinheit** zu schmieden und zu verteidigen, und dazu gehört die **Schlüsselforderung: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!**

bringen, mit Bush zu brechen. Eine SWP-Erklärung (13. Juli) argumentiert: „Es muss eine dramatische Umkehr in der Politik geben, daheim und im Ausland. Der Abzug der Truppen aus dem Irak wird damit anfangen, den Sumpf von Bitterkeit auszutrocknen, in dem Terrorismus gedeiht“, und fügt hinzu: „Die Mehrheit der Menschen in den USA hat sich gegen Bushs Krieg gewandt – wir müssen den Druck auf die britische Regierung verstärken, ebenfalls von ihm zu brechen.“

Es ist lächerlich, zu unterstellen, dass Britannien irgendwie aus dem Weltsystem des Imperialismus „aussteigen“ könne ohne eine Arbeiterrevolution und ohne die Errichtung eines Arbeiterstaates, der die Kapitalistenklasse enteignet. Es ist geradezu grotesk, die Allianz mit den USA für die Brutalität des britischen Imperialismus verantwortlich zu machen. Auch wenn die britischen Imperialisten heute nur noch ein altersschwacher Juniorpartner der USA sind, so haben sie doch die Maßstäbe gesetzt beim rassistischen „Teile und Herrsche“ und bei der rücksichtslosen Ausbeutung ihrer kolonialen „Untertanen“, als sie noch die ökonomische und militärische Schlagkraft hatten. Der „Geist des Blitzkriegs“ aus dem Zweiten Weltkrieg, der seit den terroristischen Bombenanschlägen in London fast täglich beschworen wird, ist ein hartnäckiges Ammenmärchen von Labour, wonach alle Klassen hinter König und Vaterland vereint waren zur gemeinsamen Verteidigung der briti-

Fortgesetzt auf Seite 10

London...

Fortsetzung von Seite 9

schen „Demokratie“. Der Krieg war für die britischen Imperialisten überhaupt kein Kampf um „Demokratie“, sondern darum, ihre imperialistischen „Interessen“ zu schützen – von denen Indien der wertvollste Besitz war. Daher verweigerten sie Indien sein Recht auf Unabhängigkeit und verursachten sogar eine Hungersnot in Bengalen, während die Labour Party eine unerlässliche Rolle dabei spielte, die patriotische „Einheit“ im eigenen Land anzuheizen. Und im Gegensatz zum Hauptmythos, der über die „demokratischen“ Alliierten verbreitet wird, war es die sowjetische Rote Armee, die Hitlers Faschismus zerschlug bei einem Verlust von weit mehr als 20 Millionen sowjetischen Toten.

Außerdem brauchen die britischen Imperialisten kaum Nachhilfe von den Amerikanern, was polizeistaatliche Repression angeht, da sie diese seit vielen Jahren gegen die unterdrückten Katholiken in Nordirland praktizieren. Ähnlich wie die heutige antimuslimische Hysterie führten „Anti-Terrorismus“-Kampagnen in den 1970er-Jahren zu ungeheuerlichen fingierten Anklagen gegen unschuldige Menschen wie die Birmingham Six, die Maguire Seven und die Guildford Four, die auf einer Welle von anti-irischer Hysterie, nach verbrecherischen Bombenanschlägen auf zivile Opfer in britischen Stadtzentren, zu Unrecht verurteilt wurden.

Imperialistische Heuchelei und islamischer Fundamentalismus

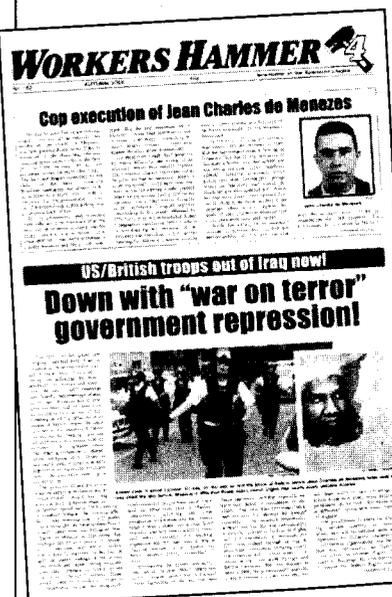
Die britische Presse regt sich über die Tatsache auf, dass dieses „demokratische“ Land „hausgemachte“ islamische Terroristen hervorbringen konnte. Ken Livingstone sprach das Offensichtliche aus: „Ich vermute, das wirkliche Problem war, dass wir diese Leute bezahlten, solange sie Russen töteten. Wir verschwendeten keinen Gedanken daran, dass sie, sobald sie aufhörten, Russen zu töten, anfangen könnten, uns zu töten“ (*Daily Telegraph*, 20. Juli). Statt „wir“ muss es heißen: die britischen Imperialisten, die zusammen mit den US- und pakistanischen Behörden während der ganzen 1980er-Jahre die größte Geheimoperation in der Geschichte der CIA durchzogen, um die extremsten islamischen Reaktionäre, einschließlich Bin Laden, für einen Dschihad in Afghanistan gegen die Sowjetunion aufzubauen. Die SWP, die Socialist Party und die meisten so genannten sozialistischen Linken waren im Lager der Imperialisten gegen die UdSSR. Wir jubelten über die sowjetische Intervention in Afghanistan, weil wir erkannten, dass diese eine fortschrittliche Tat der stalinistischen Bürokratie war, durch die sich die Möglichkeit bot, die Errungenschaften der Russischen Revolution von 1917 auf die afghanischen Völker auszuweiten, besonders auf die grauenhaft unterdrückten Frauen. Als nach der Konterrevolution in der Sowjetunion die imperialistische Finanzierung der Islamisten austrocknete, wandten sich diese gegen ihre ehemaligen Unterstützer, am dramatischsten beim verbrecherischen Anschlag auf das World Trade Center. Die Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion gab den Kräften der religiösen Reaktion auf der ganzen Welt enormen Auftrieb und führte gleichzeitig auch zu einer „Welt einer Supermacht“, wo der US-Imperialismus und seine Alliierten glauben freie Hand zu haben, die halbkoloniale Welt zu plündern.

Wer solche Taten begeht wie die Londoner Bombenanschläge, egal wer er ist, der legt eine Denkweise an den Tag, wie sie für religiöse Fanatiker typisch ist, die glauben, sie hätten ein gottgegebenes Recht, alle Ungläubigen auszurotten. Der Islam hat kein Monopol auf diese Einstellung: Sie gleicht der von christlichen Fundamentalisten, die Abtreibungskliniken in den USA bombardieren; von protestantischen Scheinheiligen, die eine „ethnische Säuberung“ gegen

Katholiken in Nordirland rechtfertigen; und von Zionisten, die die Palästinenser aus dem Gebiet „säubern“ wollen, was sie für das jüdische „heilige Land“ halten. Terroristische Angriffe im Namen nationalistischer oder religiöser Kräfte haben von der Tendenz her das Ziel, möglichst viele einfache Menschen der multiethnischen Arbeiterklasse wahllos abzuschlachten. Es ist unwahrscheinlich, den irgendeinen Vertreter der Oberklassen dieses Landes in der Londoner U-Bahn oder im Bus zu treffen. Außerdem wurden zwei der Bombenanschläge in vorwiegend muslimischen Gegenden verübt. Wer auch immer also diese Angriffe durchführte, die Botschaft kann nur sein, dass Muslime in ihre „eigenen“ Länder zurückkehren sollten.

Islamischer Fundamentalismus ist in Britannien aufgrund von internationalen Faktoren gewachsen und ebenso durch die weite Verbreitung von Islamfeindlichkeit und durch wirtschaftlichen Niedergang. In Oldham, Bradford und Leeds mussten asiatische Jugendliche 2001 in offenen Schlachten ihre Häuser gegen Faschisten verteidigen, die mit Unterstützung der Polizei Nachbarschaften belagerten. In diesen ehemaligen Textilstädten boten die Fabriken einst ein gewisses Maß von Rassenintegration, aber der wirtschaftliche Verfall und Fabrikschließungen haben die Polarisierung zwischen Arm und Reich verschärft und zu einer Rassentrennung geführt, die mit dem amerikanischen Süden vor der Bürgerrechtsbewegung verglichen worden ist.

Für die imperialistischen Herrscher ist „islamischer Terrorismus“ zum Ersatz für den Krieg gegen den „gottlosen Kommunismus“ geworden, zum neuen Feind, gegen den sie die Bevölkerung mobilisieren wollen zur Unterstützung von imperialistischem Terror im Ausland und verschärfter staatlicher Repression im eigenen Land. Unser Ziel ist es, der Arbeiterklasse das Bewusstsein zu geben, dass sie das Klasseninteresse und die soziale Macht hat, das System des kapitalistischen Imperialismus hinwegzufegen. Der britische Bergarbeiterstreik von 1984/85, zu dessen erschütterlichsten Unterstützern Schwarze und Asiaten gehörten, gab einen deutlichen Eindruck davon, wie Klassenkampf alle Unterdrückten hinter der Macht des Proletariats vereinigen kann. Wir streben danach, eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die diese Kraft durch eine proletarische sozialistische Revolution zum Sieg führen kann. Allein eine solche Revolution kann die materielle Grundlage für das Ende von Rassismus, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg schaffen. ■



WORKERS HAMMER

Cop execution of Jean Charles de Menezes

US/British troops out of Iraq now!

Down with "war on terror" government repression!

Abonniere jetzt!

Zeitung der Spartacist League/Britain

Jahresabo
 € 7,- (Europa)
 € 10,- (Übersee Luftpost)
 inkl. *Spartacist*
 (englische Ausgabe)

Bestellt bei:
 Verlag Avantgarde
 Postfach 2 35 55
 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601
 Postbank Frankfurt/M.
 BLZ 500 100 60

PDS/WASG...

Fortsetzung von Seite 1

drei Jahren noch wesentlich zulegen. Die Arbeiterklasse in den Kampf gegen die Angriffe der Regierung und der Bosse zu führen war aber nicht die Sache dieses Teils der Gewerkschaftsbürokratie und der PDS. So rechneten die Kapitalisten damit, dass jetzt die Zeit gekommen sei, den großen offenen Angriff zu führen, wozu eine rein bürgerliche Regierung als besser angesehen wird, weshalb auch versucht wurde, die „Jamaika“-Koalition aus CDU, FDP und Grünen zusammenzuzimmern.

Die Linke versucht, das jetzige Dilemma als ein Ergebnis der Wahl der Linkspartei in den Bundestag darzustellen und damit die Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse und unter den Unterdrückten zurück in Parlamentarismus zu kanalisieren. Wenn sich die Arbeiterklasse aber auf die Linkspartei verlässt, ist sie verraten und verkauft. Dass die europäischen Kapitalisten in Schwierigkeiten sind – wie auch die amerikanische Regierung wegen der blutigen Besetzung des Irak und ihrer rassistischen Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen schwarzen und armen Bevölkerung in den durch die Hurrikans verwüsteten Gebieten –, muss ausgenutzt werden für einen gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter. Bedingung für einen unterschiedenen Kampf ist der Bruch mit sozialdemokratischem Reformismus à la Linkspartei in Deutschland. Sie ist ein Hindernis für diesen Kampf, genauso wie es Rifondazione comunista in Italien oder in Frankreich die Pseudotrotzkisten von Lutte ouvrière oder der Ligue communiste révolutionnaire sind.

Drohung mit Massenentlassungen und der Kampf dagegen

Die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland ist gekennzeichnet durch massive Angriffe auf Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Schon vor der Wahl liefen Horrormeldungen durch die Nachrichten über drohende Massenentlassungen bei VW. Am Tag nach der Wahl konkretisierte Siemens seine diversen Pläne, die tausende von Jobs kosten sollen, und droht mit der Schließung bzw. Verlagerung ganzer Betriebszweige, die angeblich unrentabel sind. Was aber nur heißt, dass sie nicht genügend Profit für die Kapitalisten abwerfen.

Über den Sommer machte VW negative Schlagzeilen wegen massiver Bestechung und krummer Geschäfte, in die offenbar sowohl der ehemalige Personalchef und Schröder-Berater Peter Hartz als auch sein Gehilfe im Betriebsrat, der ehemalige Vorsitzende Klaus Volkert, verwickelt sind. Die *junge Welt* beschrieb es basierend auf einem *Stern*-Interview mit dem ehemaligen VW-Personalmanager Gebauer so: „Von Hartz sei außerdem die Anweisung gekommen, sich insbesondere um Betriebsratschef Klaus Volkert zu kümmern und ihm ‚alle Wünsche zu erfüllen‘.“ Dass der „Arbeitervertreter“ Volkert längst auf die andere Seite der Barrikade übergelaufen war, wurde schon vor vier Jahren klar, als VW-Arbeiter in Südafrika Hilfe brauchten. 1300 Arbeiter waren von VW gefeuert worden, weil sie sich gegen Angriffe der VW-Bosse wehren wollten und ihre Gewerkschaft verteidigten. Volkert und Co., durch notorische Klassenzusammenarbeit und Co-Management längst korrumpiert, sorgten dafür, dass es keinerlei Solidaritätsaktionen der mächtigen VW-Arbeiter hier gab, obgleich es erst am Tag vorher in Wolfsburg einen Streik von 20 000 gegen die angedrohte Entlassung von 1800 Arbeitern mit befristeten Verträgen gegeben hatte. Ein organisierter Protest hätte die VW-Bosse in die Knie zwingen und die Kündigungen in Südafrika rückgängig machen können. Jetzt haben die Betriebsratsfürsten und der IG-Metall-Bezirksleiter Meine mit



ND/Burkhard Lange

Berlin, 8. Oktober: Während Gysi als Arbeiterfreund bei Samsung-Protest posiert, zerschlägt Berliner SPD/Linkspartei-Senat Tarifverträge und zerstört Jobs

den Bossen eine Senkung der Löhne um 20 Prozent ausgehandelt, damit das Wolfsburger VW-Werk den neuen „Golf Marrakesch“ bauen kann.

Während die Bosse versuchen, die Arbeiter in Portugal gegen die Arbeiter hier, und umgekehrt, auszuspielen, gehen ihnen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten zur Hand unter dem Deckmantel, Arbeitsplätze zu erhalten. Tatsächlich aber treiben sie die Spirale von Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen nur weiter nach unten, indem sie keinen Kampf mit den Arbeitern in anderen Ländern organisieren, sondern das Gegeneinanderausspielen selbst kräftig mit betreiben. Was kurzfristig aussieht wie der Erhalt von Arbeitsplätzen – und viele Arbeiter sind berechtigterweise besorgt darum, ihren Job zu behalten –, ist längerfristig einfach ein Mittel, den Lebensstandard der Arbeiterklasse massiv abzusenken und die Profite der Bosse zu erhöhen. Die nächste Entlassungsdrohung wird bald auf dem Tisch liegen, und wie viel Prozent Lohnkürzung bietet die IG Metall dann an? Diese Abwärtsspirale muss gestoppt werden dadurch, dass die IG Metall und andere Gewerkschaften die Arbeiter in Südafrika, Polen, Portugal oder sonst wo in ihren Kämpfen unterstützt und ihnen hilft, sich in starken Gewerkschaften zu organisieren. Eine solche internationale Einheit der Arbeiterklasse ist aber entgegengesetzt zur Klassenzusammenarbeit mit den Bossen und zur nationalistischen Konzeption vom „Standort Deutschland“, die von den Sozialdemokraten aller Couleur in die Arbeiterklasse getragen wird. Statt der notorischen Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokraten muss die Arbeiterklasse unabhängig von der Bourgeoisie und ihrer Regierung in den Kampf geführt werden. Unabhängig heißt: Kampf *gegen* die Bourgeoisie und ihre Agenturen und Handlanger in der Arbeiterbewegung. In den Kämpfen dafür wird die revolutionäre Partei geschmiedet, die aufzubauen wir Spartakisten uns verpflichtet haben. Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!

Multiethnische Arbeiterklasse braucht revolutionäre Führung

Die Arbeiterklasse in Deutschland setzt sich zusammen aus Arbeitern aus vielerlei Ländern, darunter Türken, Kurden, Polen, Russen, Serben und Kroaten. Die Kapitalis-

Fortgesetzt auf Seite 12

PDS/WASG..

Fortsetzung von Seite 11

ten, die sozialdemokratischen Arbeiterverräter und ihre Schreiberlinge versuchen die Arbeiterklasse entlang nationaler und ethnischer Linien zu spalten – ähnlich wird versucht, Ost gegen West, Frauen gegen Männer oder Jung gegen Alt gegeneinander auszuspielen – und gegeneinander zu hetzen. Ein Mittel dazu ist der so genannte „Krieg gegen Terror“, der sich gegen die gesamte immigrierte Bevölkerung mit muslimischem Hintergrund bzw. türkischer oder arabischer Abstammung richtet. So wurden am 27. September in Frankfurt und anderen hessischen Städten ganze Straßenzüge gesperrt und systematisch arabische und türkische Geschäfte und Restaurants in einen mehrstündigen Belagerungszustand versetzt und terrorisiert. Die Arbeiterbewegung muss besonders mobilisiert werden zur Verteidigung der Minderheiten, die vom bürgerlichen Staat und seinen Handlangern stigmatisiert werden, und für volle Staatsbürgerrechte kämpfen, für alle, die es hierher geschafft haben, egal ob Flüchtling oder Arbeiter. Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Ein solcher internationalistischer Kampf würde auch als ein Fanal wirken für die Klassenkämpfe zum Beispiel in der Türkei. Nicht nur könnte es den türkischen Arbeitern den Weg weisen, gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen, sondern auch den Kurden eine Perspektive für ihre Befreiung von nationaler Unterdrückung durch die türkische Bourgeoisie aufzeigen. Auf dem Balkan wurden die Arbeiter von den Imperialisten, unter Federführung von Genscher, Kohl und deren Handlangern vor Ort, in die nationalistischen Massaker der 90er-Jahre gehetzt, die den deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien zerstörten. Die blutigen Gemetzel waren der Vorwand zum NATO-Krieg gegen Serbien und zur Besetzung weiter Teile des Balkans durch die Bundeswehr und andere imperialistische Truppen. Die Arbeiterbewegung hier und in den anderen imperialistischen Zentren muss für den Abzug der imperialistischen Truppen kämpfen durch Klassenkampf gegen ihre eigenen Kapitalisten. Bundeswehr raus aus dem Balkan und Afghanistan!

Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit

Aber es wird nicht nur die Produktion verlagert oder mit Verlagerung gedroht, sondern es wird auch immer wieder mit Privatisierungen und/oder Outsourcing versucht, die noch vorhandene Macht der Gewerkschaften zu brechen

und die Arbeiterklasse zu knebeln. In vielen Industriebetrieben wurden die Kantinen und Dienstleistungen ausgegliedert, was zur Schwächung der Gewerkschaften und zu einem Bruch mit dem Prinzip der Industriegewerkschaften geführt hat. Hiervon sind oft zuerst schwächere Schichten der Arbeiterklasse wie immigrierte Frauen betroffen, die dann mit Niedriglöhnen der IG BAU beim Reinigungspersonal oder der NGG beim Küchenpersonal abgespeist werden. Die Produktionsarbeiter, die die Macht haben, die Produktion zum Stillstand zu bringen und damit den Bossen richtig wehzutun, müssen mobilisiert werden zur Verteidigung ihrer Klassenschwestern und -brüder. Ein machtvolleres Beispiel dafür gab das Bodenpersonal von British Airways in Londons Flughafen Heathrow am 11. August, als die Beschäftigten in Solidarität mit den Frauen des ausgegliederten Versorgungsbetriebs Gate Gourmet, die hauptsächlich asiatischer Abstammung sind, in Streik traten und den Flughafen lahm legten aus Protest gegen die Massenentlassungen bei Gate Gourmet (siehe *Spartakist*-Artikel auf Seite 9). Dieser Kampf ist ein Beispiel dafür, wie Klassenkampf ethnische Spaltungen überwinden kann. Notwendig ist ein Kampf für die gewerkschaftliche Organisation der Unorganisierten! Für Klassenkampf gegen Privatisierungen und Auslagerungen! Ein Betrieb – eine Gewerkschaft!

Die Massenarbeitslosigkeit, die als Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung des deformierten Arbeiterstaates DDR vor fünfzehn Jahren jetzt auf mehr als fünf Millionen gestiegen ist, wird als Rammbock für die Angriffe auf die Arbeiterklasse benutzt. Sie hat insbesondere in der ehemaligen DDR zu einer beispiellosen Verarmung und völliger Ausweglosigkeit breiter Schichten der Bevölkerung geführt, die jetzt nur noch für Hartz IV anstehen können, solange es Arbeitslosengeld II noch gibt. Es braucht einen Kampf für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände, ein Programm öffentlicher Arbeiten zum Tariflohn, eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, um Arbeit und qualifizierte Ausbildung für alle zu gewährleisten! Da hört man dann schon die sozialdemokratischen Spießer, unterstützt von Gewerkschaftsfürsten wie Peters und Bsirske, sagen, dass das überhaupt nicht bezahlbar wäre, dass es der Ruin deutscher Firmen wäre usw. Wir teilen diese Besorgnis um das Wohlergehen der Kapitalisten nicht. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die elementaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten zu befriedigen, wie Arbeit für alle, ausreichend zu essen, qualitativ hochwertigen Wohnraum für alle, dann hat er es verdient, unterzugehen. Tatsächlich können diese elementaren



AP/Claude Paris



AP/Yves Logghe

Paris, 4. Oktober: Gewerkschaftsprotest gegen verschlechterten Kündigungsschutz und Sozialabbau (links).
Belgien, 8. Oktober: Arbeiter blockieren Hafen von Gent beim Generalstreik gegen geplanten Sozialabbau

Forderungen nur durchgesetzt werden mit einer internationalen Planwirtschaft, die für die Bedürfnisse der Massen statt für die Profiteure von ein paar Reichen produziert. Dafür ist die entschuldigungslose Enteignung der Kapitalisten notwendig und der Aufbau einer Planwirtschaft unter der Kontrolle von Arbeiterräten!

Wir Spartakisten und die Internationale Kommunistische Liga kämpften gegen die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion Anfang der 90er-Jahre mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir kämpften für eine politische Revolution in der DDR, für den Sturz der stalinistischen Bürokratie und die Ersetzung dieses politisch korrupten Regimes durch Arbeiter- und Soldatenräte. Im Westen kämpften wir für die soziale Revolution zum Sturz der Kapitalisten. Wir kämpften für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in einem roten Rätedeutschland, weil es uns bewusst war und ist, dass Kapitalismus notwendigerweise Elend, Hunger, Unterdrückung und Krieg hervorbringt. Fünfzehn Jahre nach der Zerstörung der DDR, und wenig später der Sowjetunion, können die Kapitalisten nicht genug Profit aus den Arbeitern heraus schlagen und sehen überhaupt keine Notwendigkeit mehr, den „Sozialstaat“ aufrechtzuerhalten. Wie in anderen Ländern Westeuropas hatten einst die Kapitalisten und ihre mal sozialdemokratisch und mal konservativ geführten Regierungen diese „Sozialstaaten“ aufgebaut, um der Arbeiterklasse vorzugaukeln, dass der Kapitalismus „sozial“ sein kann und die Arbeiter sich unter keinen Umständen nach einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen Ausbeutung umsehen sollten. Jetzt meinen das wiedervereinigte imperialistische Deutschland und die EU-Kapitalisten, den „Sozialstaat“ nicht mehr zu brauchen, und sie arbeiten daran, ihn abzuschaffen, um international untereinander und gegenüber ihren Konkurrenten, hauptsächlich den USA und Japan, konkurrenzfähiger zu werden. Sie wollen sich in eine bessere Position bringen für eine Neuaufteilung der Welt, die auf lange Sicht zwangsläufig mit neuen imperialistischen Kriegen einhergehen wird, wenn der Kapitalismus nicht vorher durch eine sozialistische Revolution gestürzt wird.

Linkspartei.PDS: Neuauflage der SPD gegen die Arbeiterklasse

Die jetzt als Linkspartei firmierende PDS mit Oskar Lafontaine und den Gewerkschaftsbürokraten der WASG hat 8,7 Prozent der Stimmen bei den Bundestagswahlen bekommen, im Wesentlichen auf einem Programm der gar nicht guten alten SPD, bevor sie 1998 an die Macht kam. Kaum gewählt, beeilt sich Lafontaine klarzustellen, dass er „sofort bereit [sei], Politik zu gestalten“ (*Frankfurter Rundschau*, 22. September), d.h. die Drecksarbeit in einer kapitalistischen Regierung mit der SPD und den Grünen zusammen zu tun, wenn nur die SPD auf Hartz IV, Agenda 2010 und auf Auslandseinsätze der Bundeswehr verzichten würde. Wie man die PDS kennt, ist aber alles dies verhandelbar, wenn sie denn nur in die Nähe der Futtertröge der Regierung kommen würden. Lafontaine brüstete sich gar damit, das bürgerliche Programm der Grünen unterschreiben zu können (ebenda). Nur, die Bourgeoisie braucht sie im Moment nicht und deswegen will die SPD sie nicht. Dass die Linkspartei.PDS keine Alternative für die Arbeiter und Unterdrückten ist, hat sie längst bewiesen. Im Berliner SPD/PDS-Senat macht die PDS seit Jahren die Drecksarbeit für die Kapitalisten und stellt die Speerspitze dar für die Angriffe auf die Arbeiter im öffentlichen Dienst. Ob es um die Privatisierung der städtischen Krankenhäuser geht, was mit der Schließung von einigen einhergeht, um die drastischen angedrohten Personalreduzierungen bei den Unikliniken, die Personalreduzierungen bei der S-Bahn, die massive Lohndrückerei bei der BVG oder



Anton Meres/Reuters

Rassistische Festung Europa: 6 Meter hoher, schwer bewachter Grenzzaun von Melilla. 12 Flüchtlinge wurden ermordet, unzählige verletzt

die Umsetzung von Hartz IV, während Milliarden für die Kapitalisten der Bankgesellschaft rausgeschmissen werden: bei jeder Sauerei ist die PDS dabei, ganz vorne weg, und die WASG deckt die PDS dabei ab. Und nichts anderes ist nach einer Schonfrist von der PDS im Bundestag zu erwarten, wenn denn die Kapitalisten sie brauchen sollten. Brecht mit der Sozialdemokratie, egal ob SPD, PDS oder WASG!

Linke Wasserträger für Lafontaine

Weil es relativ wenig Erwartungen bezüglich der Linkspartei in der Arbeiterklasse gibt, trommeln linke Organisationen umso heftiger für die Linkspartei. Die reformistische MLPD kandidierte formal unabhängig von der PDS; wie wir aber in unserem Wahl-Extra vom 5. September nachwiesen, kandidierten sie keinesfalls gegen die verräterische PDS. Dies bestätigten sie noch einmal nach der Wahl. Stefan Engel hob hervor: „Gleichwohl ist die Linkspartei in Gelsenkirchen als politischer Faktor real relativ schwach. Hier hat die MLPD sehr wesentlich den Linkstrend aufgebaut, aber aufgrund der Wirkung der Fünf-Prozent-Klausel offensichtlich zu den vielen Stimmen der Linkspartei beigetragen. Die Hetzer gegen die MLPD in PDS und WASG sollten sich hinter die Ohren schreiben, dass der Gelsenkirchener Direktkandidat, der eng mit der MLPD zusammen arbeitet, dieses beste Ergebnis hat“ (*Rote Fahne*, 21. September). Engel lobt die MLPD-Kampagne dafür, das Ergebnis der Linkspartei möglich gemacht zu haben. Ein deutlicher Beweis, dass sie ihre „unabhängige“ Kandidatur im Grunde als Unterstützung der Linkspartei und der „Linken“ sehen und für sie damit der Sozialismus auch nur auf dem (Wahl-)Papier steht.

Sich selbst revolutionär gebende Organisationen der Linken wie die Gruppe Arbeitermacht (GAM), Linksruck oder die Sozialistische Alternative (SAV) haben ebenso die WASG aufgebaut und für die Linkspartei.PDS getrommelt wie die ganz offensichtlichen Reformisten von der DKP und viele andere Organisationen. Sie alle sehen die Möglichkeiten für Widerstand gegen die Angriffe der Regierung durch die Wahl der PDS als wesentlich verbessert an: Linksruck sieht „einen Bündnispartner [der sozialen Bewegungen] im Parlament“. Die SAV jubelt: „Die Unterstützung der WASG für die offenen Listen der Linkspartei/PDS und

Fortgesetzt auf Seite 21

Irak fällt auseinander



AFP/al-Rubaye



AP/Asaad Muhsin

Bagdad, 19. Juli: Frauen fordern ihre Rechte unter der geplanten Verfassung (links). Selbstmordattentat in Bagdads Schiitenviertel Kadhimija am 14. September riss 114 Menschen in den Tod

Nieder mit der imperialistischen Besatzung!

29. August – Zusammen mit dem Ausschuss, der den neuen irakischen Verfassungsentwurf „schrieb“, saß Salmay Khalisad, Washingtons neokolonialer Gesandter im Irak, auf engstem Raum hinter einem Wall aus Beton und Stacheldraht in Bagdads befestigter Grüner Zone und setzte alles daran, eine Verfassung made in the USA durchzudrücken. „Die Amerikaner sagen, sie mischen sich nicht ein, aber sie haben schon sehr tiefgehend interveniert“, sagte Mahmoud Othman, ein kurdisches Mitglied des Verfassungsausschusses, der *Washington Post* (13. August). Letztes Jahr leitete Khalisad das Zusammenschustern der Verfassung in Afghanistan, die effektiv ein fundamentalistisches Regime von Mudschaheddin-Warlords an die Macht brachte und die barbarische Scharia (islamisches Recht) als Gesetz verankerte.

Vor der Invasion vor zwei Jahren warben Bush und seine neokonservativen Vordenker damit, dass die amerikanischen Besatzertruppen mit Rosenwasser empfangen würden und in der Folge einen „vereinigten, demokratischen“ Irak errichten werden. Ein paar Monate nachdem Bush seinen Sieg erklärt hatte, betonten wir (*Workers Vanguard* Nr. 807, 1. August 2003):

„Der schändliche wahre Zweck von Krieg und nachfolgender Besetzung ist es, im ölreichen Nahen Osten die amerikanische Flagge zu hissen als Bekräftigung der US-Vorherrschaft über alle halbkolonialen Länder und imperialistischen Rivalen. Dieses unverblühte imperialistische Ziel wurde abgedeckt mit dem Vorwand eines Kreuzzuges für die Errichtung eines säkularen, demokratischen Irak, der als ein Leuchtfeuer der Freiheit in der Region dienen sollte. Das ist eine Opium-Halluzination. Grundsätzlich betrachtet gibt es gar keinen ‚Irak‘; es ist ein Land, dessen Grenzen gezogen wurden, als in der Folge des Ersten Weltkriegs die britischen und französischen imperialistischen Sieger ihre Beute aufteilten. Was wirklich existiert, ist der kurdische Norden, das sunnitische Zentrum und der überwiegend schiitische Sü-

den (sowie diverse andere Teile), wobei jede Region noch zusätzlich durch Klan- und Stammesrivalitäten zersplittert ist.

In einer solchen Gesellschaft ist die Durchführung säkularer Herrschaft unter dem Kapitalismus nur möglich unter so etwas wie Husseins baathistischer Diktatur, und Bush und Co. versuchen dies zu kopieren – vergesse die demokratische Rhetorik –, aber das Ganze soll gesäubert sein von baathistischen Elementen und sich US-Diktaturen fügen. Was wirklich bei allen Völkern des Landes existiert, ist ein fast jahrhundertelanger Hass und Widerstand gegen imperialistischen Kolonialismus. Und dieser gerechte Hass wird wahrscheinlich weitere amerikanische Verluste erzeugen.“

Die tägliche Realität der Bevölkerung im Irak, Tod, Entführungen, Vergewaltigungen und Anarchie, kollidiert frontal mit Bushs Halluzinationen à la „wir machen Fortschritte“ und entlarvt Dick Cheneys Behauptung, die Aufständischen lägen „in den letzten Atemzügen“, als lächerlich. Die Zahl der amerikanischen Toten nähert sich schnell der 2000er-Marke. An einem durchschnittlichen Tag schlugen Aufständische 70 Mal gegen die amerikanischen Besatzer zu. Mehr als 4000 Zivilisten wurden durch Aufständische und amerikanische Truppen in Bagdad getötet, seit das neue Regime im April eingesetzt wurde.

Weil die Unterstützung in der amerikanischen Bevölkerung für den Krieg/die Besetzung rapide sinkt, hat die Regierung sich schleunigst daran gemacht, etwas zusammenzuschustern, was zwar nicht so heißt, aber doch einen „Rückzugsplan“ darstellt, in der Hoffnung, dass eine Verfassung die sunnitische Unterstützung für den Aufstand untergraben und gleichzeitig die Schiiten und Kurden mit Brosamen abspesen würde. Aber schiitische und kurdische Führer haben einen Verfassungsentwurf durchgedrückt, gebilligt durch die Bush-Regierung, der ihnen die Kontrolle über ihre eigenen ölreichen Regionen sichern soll und den Sunniten nichts von Belang zugesteht. Ein Leitartikel der

New York Times (27. August) warnte:

„Ein zersplitterter Irak könnte die ganze Region gefährlich destabilisieren. Jeder kurdische Kleinstaat zieht garantiert die Feindseligkeit der Türkei auf sich, da Ankara fürchtet, dies könnte ein attraktives Beispiel sein für die eigene unruhige und unterdrückte kurdische Minderheit in der Türkei. Der Iran fände es unwiderstehlich, eine halbautonome schiitische Region zu manipulieren, die von iranisch finanzierten Parteien und durch vom Iran bewaffnete Milizen dominiert und von einem iranisch-stämmigen Ajatollah spirituell angeführt würde.

Wenn der Irak beginnt, sich entlang dieser Linien zu spalten, sollte sich niemand wundern, wenn der verwaiste sunnitische Westen sich nach jeder Art von Verbündeten umschaute, die er finden kann: im baathistischen Syrien, in den islamistischen Oppositionszirkeln Saudi-Arabiens und bei der palästinensischen Mehrheit Jordaniens. Die Gefahr eines Bürgerkriegs ist offensichtlich.“

Bushs islamische Republik

Die amerikanische bürgerliche Presse berichtet unaufhörlich über die Verfassungsfragen, die ethnische und religiöse Feindseligkeiten anheizen, aber im Wesentlichen gab es Stillschweigen über das, was Antonia Juhasz (*Los Angeles Times*, 14. August) „Bushs wirtschaftliche Invasion des Irak“ nannte – Privatisierung und bewaffneter Diebstahl von Iraks Reichtum, und das in großem Ausmaß. Im September 2003 gaben die US-Besatzungsbehörden Anweisungen heraus, die Iraks Wirtschaft direkt unter imperialistische Kontrolle stellen sollten. Diese Maßnahmen erlauben hundertprozentigen ausländischen Besitz von Unternehmen, einschließlich ehemaliger staatseigener Industriebetriebe (außer Erdöl), und die Abführung der Profite ins jeweilige Heimatland. Adel Abdul Mehdi, ein US-Beauftragter und jetzt einer der Vizepräsidenten Iraks, erklärte, das neue Erdöl-Gesetz sei „sehr vielversprechend für die amerikanischen Investoren und für amerikanische Unternehmen, besonders Erdölfirmen.“ Juhasz hält fest: „Gesetze, die das Bankenwesen, Investitionen, Patente, Copyrights, Firmenbesitz, Steuern, die Medien und Handel betreffen, sind alle geändert worden gemäß den Zielen der USA.“ Und diese Änderungen werden bestehen bleiben, egal was die neue Verfassung sagt.

Die Hauptstoßrichtung der vorgeschlagenen Verfassung ist, die Vormachtstellung des Islam zu bekräftigen und den reaktionären Klerikern großen Spielraum zu geben, damit sie „un-islamische“ Gesetze niederschlagen und den Weg bahnen für eine Theokratie nach dem Vorbild des Iran, in der die Scharia alle Aspekte des Lebens bestimmen würde. Formell würde diese Verfassung die relativ progressive Zivilgesetzgebung Iraks von 1959 umstoßen und ein konfes-

sionelles System einsetzen, in dem religiöse Gerichte über Fragen wie Heirat, Scheidung und Erbschaft urteilen. Frauen würden wegen „Ehebruch“ gesteinigt und Homosexuelle erhängt werden. Einige dieser Maßnahmen erwecken sicherlich Neidgefühle bei der christlich-fundamentalistischen Basis der Bush-Regierung. Reuel Marc Gerecht, ein Apologet der Bush-Regierung, spielte die tatsächliche Neuversklavung der Frauen unter der irakischen Verfassung herunter, indem er unbekümmert verkündete, dass auch amerikanische Frauen vor einem Jahrhundert kein Wahlrecht hatten!

In vielen Gebieten, besonders im Süden Iraks, wo schiitische Kleriker die Kontrolle haben, sind repressive religiöse Gesetze schon durchgesetzt worden – Frauen werden gezwungen, den Schleier zu tragen, und der Verkauf von Alkohol ist verboten. Ärzte, die Patientinnen behandeln, werden verprügelt, ebenso wie Studenten, die an gemeinsamen Picknicks von Männern und Frauen teilnehmen. Diese Maßnahmen werden durch die Miliz der Badr-Brigade durchgesetzt, die mit einer der schiitischen Parteien verbunden ist, die die Zentralregierung dominieren. Die Ärztin Raja Kuzai, eine säkulare Schiitin und Mitglied der Nationalversammlung, brachte die verzweifelten Aussichten für Frauen zum Ausdruck: „Ich wollte, dass irakische Frauen frei sind, dass sie frei sprechen und sich frei bewegen können. Ich werde hier nicht bleiben.“

Vor der Irak-Invasion, in Erwartung eines schnellen Siegs und einer unkomplizierten Besetzung, begannen die US-Herrscher damit, die Kriegstromele gegen den Iran zu rühren, den Bush ebenfalls zu seiner „Achse des Bösen“ zählt. Heute unterstützen die USA im Irak praktisch eine islamische Republik im Stil des Iran (und iranfreundlich). Einige der Leute, die die USA im Irak an die Macht hievt, verbrachten Jahre im Exil im Iran und kämpften während des Iran-Irak-Kriegs 1980–88 auf iranischer Seite; der führende irakische schiitische Geistliche Ali al-Sistani wurde im Iran geboren. Diese schiitischen Führer haben nun diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu Teheran aufgenommen. Juan Cole bemerkte in *AsiaTimes* (11. August):

„Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Irans gefährlichster Feind, die Vereinigten Staaten, in Irans Nachbarstaat einmarschierte mit einem Auge darauf, das Teheraner Regime schließlich zu stürzen – aber nur darin Erfolg hatte, sich selbst eine Niederlage zu bereiten.“

Heute ist die sunnitisch-arabische Minderheit der große Verlierer, also wird der Aufstand gegen die kolonialen Besatzer weitergehen ebenso wie die kriminelle sektiererische Gewalt zwischen Sunniten, Schiiten, Kurden und anderen

Fortgesetzt auf Seite 16

Spartakist-Diskussionsveranstaltung

USA/Britannien raus aus dem Irak! Bundeswehr raus aus dem Balkan!

**Opposition zum Imperialismus nach außen
heißt Klassenkampf im eigenen Land!**

Berlin:

**Mittwoch, 16. November
18.30 Uhr**

**Café Nancy, Weserstr. 5, Ecke Hobrechtstr.,
Nähe U-Bhf. Hermannplatz**

Irak...

Fortsetzung von Seite 15

ethnischen und religiösen Minderheiten. Sunniten sprengen schiitische Moscheen in die Luft und greifen schiitische Kleriker und Pilger an. Schiiten hetzen ihre Todesschwadronen und Milizen gegen Sunniten. Zudem wird die bindende Kraft der Religion noch übertrumpft von Stammesrivalitäten und dem Bestreben, die lokalen Pfründe zu behalten und zu festigen. Die kommunalen Antagonismen werden durch die wirtschaftliche Verzweiflung noch verschärft. In Bagdad gibt es am Tag oft nur für vier Stunden Strom. Fast die Hälfte der Stadtbevölkerung hat keinen Zugang mehr zu fließend Wasser. Die Arbeitslosigkeit liegt bei mindestens 50 Prozent. Benzinmangel ist chronisch.

Gleichzeitig wollen die Kurden die Kontrolle über das Erdöl in ihrer Region behalten, ihre relative Unabhängigkeit (unter US-Schirmherrschaft) beibehalten und ihre Kontrolle auf die an Erdöl reiche Stadt Kirkuk ausweiten. Kirkuk wird auch von sunnitischen Arabern und Turkmenen beansprucht, und so könnte es passieren, dass die Stadt in Pogromen und interethnischen Bürgerkrieg explodiert.

Ohne den Sturz der bürgerlichen Herrschaft in der Region und die Errichtung einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens gibt es keine Möglichkeit, diese nationalen und kommunalen Konflikte zu lösen. Gegenwärtig ist das irakische Proletariat dezimiert. Aber erst wenn die Arbeiterklasse als eine Kraft dort und in der ganzen Region wieder auflebt, kann es eine Lösung geben gegen die fortgesetzte imperialistische Vorherrschaft, die mit den Kräften der einheimischen Reaktion zusammenarbeitet. Die momentan schreckliche Situation macht den Kampf für die Schmiedung internationalistischer – und multinationaler – proletarischer Avantgardeparteien im gesamten Nahen Osten um so entscheidender.

Für Klassenkampf gegen die US-Herrscher!

Als vor mehr als zwei Jahren US-Truppen in Bagdad einmarschierten, zeigten Umfragen eine überwältigende Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung für die Bush-Regierung und den Krieg. In der triumphalen Euphorie jenes Augenblicks waren die meisten Kriegsunterstützer gewillt, die Vorstellung aufrechtzuerhalten, es mit allen „unseren Feinden“ aufzunehmen. Aber seit die Zahl der amerikanischen Verluste wächst und kein Ende des Aufstandes in Sicht ist, ebte die Unterstützung nach aktuellen Umfragen auf 34 Prozent ab. Vom Standpunkt des Pentagon aus ist es noch alarmierender, dass das Militär nicht seine Rekrutierungsquoten erreicht. Diese Faktoren haben erhebliche Aufregung bei Teilen der herrschenden Klasse hervorgerufen, sogar Elemente aus der Republikanischen Rechten äußern Unzufriedenheit.

Ein Indikator des wachsenden Unbehagens über den Krieg ist die Aufmerksamkeit, die Cindy Sheehans andauerndem Protest vor Bushs Urlaubsunterschlupf zuteil wird. Sheehans Sohn Casey wurde im Krieg getötet. Sie zog sich den Zorn der Rechten und einiger Liberaler zu, als sie den sofortigen Rückzug der Truppen aus dem Irak forderte, sich gegen den Krieg in Afghanistan aussprach und die radikale Anwältin Lynne Stewart verteidigte. Anti-Bush-Liberale und Reformisten haben sich auf Sheehans Protest gestützt in der Hoffnung, ihn benutzen zu können, um ihre Demokraten-freundliche Antikriegsbewegung wieder zu beleben, die Schiffbruch erlitt, als die überwiegende Mehrheit der Demokraten den Krieg unterstützte und John Kerry 2004 die Wahl verlor.

Die reformistische Workers World Party (WWP) und ihre ANSWER-Koalition organisierten zusammen mit anderen eine Reihe von Lichterketten-Mahnwachen und

„Camp-Casey“-Nachahmungen im ganzen Land, um für eine Kundgebung in Washington, D.C. am 24. September zu mobilisieren. Diese Kundgebung hat als zentrale Forderung „Schluss mit dem Krieg!“ und daneben einen ganzen Grabelsack voller Losungen: z. B. „Holt die Truppen sofort nach Hause!“, „Gesundheitsversorgung statt Kriegsführung“, „Bildung statt Besetzung“ und so weiter. Solche Losungen gehören zum Repertoire nicht nur der WWP, sondern auch der International Socialist Organization und anderer reformistischer Linker, die an den imperialistischen Staat appellieren, seine Prioritäten zu ändern. Die Reformisten versuchen die Wahrheit zu verstecken, dass nur der Sturz des Kapitalismus rassistische und sexuelle Unterdrückung, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischen Krieg beenden kann. Daraus ergibt sich, dass ihre pazifistischen/populistischen Appelle darauf abzielen, Druck auf die Demokratische Partei auszuüben – die ebenfalls eine Partei von Kapitalismus, Rassismus und imperialistischem Krieg ist. Diese Perspektive setzt voraus, dass die Antikriegsbewegung so zahnlos und „respektabel“ wie möglich ist. Dementsprechend weigerten sich ANSWER et al. im Vorfeld des Kriegs, zur Verteidigung des Irak gegen den US-imperialistischen Koloss aufzurufen.

Als revolutionäre Marxisten bezogen wir militärisch die Seite des Irak gegen die imperialistischen US-Invasoren, gleichzeitig waren wir aber politische Gegner von Saddam Husseins blutigem kapitalistischen Regime. Wir haben eine Seite im gegenwärtigen Konflikt: gegen die USA, ihre Verbündeten und ihre irakischen Lakaien. Wir verteidigen die Völker des Irak gegen jeglichen US-geführten Angriff und jegliche Repression. Insoweit die Kräfte im Irak ihre Schläge gegen die imperialistischen Besatzer richten, rufen wir zu ihrer militärischen Verteidigung gegen den US-Imperialismus auf. Jeder Schlag gegen die imperialistischen Besatzer ist ein Schlag gegen den Feind aller Arbeiter und Unterdrückten weltweit. *US-Besatzer raus, sofort!* Aber wir wenden uns scharf gegen Fundamentalismus, Terrorismus, kommunalistische Gewalt, Entführungen, Autobomben, die wahllos unschuldige Menschen auf der Straße ermorden und Ähnliches. Denn dies ist das Gegenteil von allem, wofür wir Marxisten stehen.

Die Perspektive der Spartacist League und der Spartacus Youth Clubs [Jugendorganisationen] ist es, dafür zu kämpfen, dass das multirassistische US-Proletariat seine Klasseninteressen und -prioritäten wahrnimmt im Kampf gegen die amerikanischen imperialistischen Herrscher. Die US-Wirtschaft ist auch weiterhin nicht in der Lage, anständige Jobs bereitzustellen. Die in die Höhe schnellenden Benzinpreise, hauptsächlich Resultat der durch die Besetzung hervorgerufenen Destabilisierung; die Versuche, Sozialleistungen durch den Reißwolf zu drehen; die Erosion der Gesundheitsversorgung und die Angriffe auf Bürgerrechte; der fortgesetzte Verfall der Ghettos und die massive Einkerkelung schwarzer und Latino-Jugendlicher – all das trägt zur brodelnden Unzufriedenheit der amerikanischen Werktätigen und Minderheiten bei. Solche Unzufriedenheit und die vielfältigen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft müssen eine machtvolle *Klassenbewegung* des Proletariats hervorbringen, die der Vorkämpfer für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten ist und durch eine revolutionäre Arbeiterpartei geführt wird, die für nichts Geringeres als die sozialistische Revolution kämpft. Erst wenn das Proletariat den bluttriefenden, arroganten „Herren des Universums“ im Weißen Haus und in der Wall Street die Macht entreißt, können wir beginnen, von einer Welt zu sprechen, die befreit ist von imperialistischen Kriegen und Besetzungen und die materielle Sicherheit und soziale Gerechtigkeit für alle bietet.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 853, 2. September 2005

Frauen und Revolution



Friedrich Engels, Mitbegründer des Marxismus: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats



Aus den Archiven von *Women and Revolution*

Übersetzt aus *Women and Revolution* Nr. 45 (Winter/Frühjahr 1996):

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats (1884) von Friedrich Engels ist die grundlegende marxistische Arbeit darüber, wie die Unterjochung der Frauen im Privateigentum ihren Ursprung hat. Engels stellt die aufeinander folgenden Gesellschafts- und Wirtschaftsformen dar, die der Frühgeschichte zugrunde lagen, als die Menschheit bei der Produktion der Lebensmittel Fortschritte erzielte. Das Buch stützt sich auf *Ancient Society* (1877) vom Anthropologen Lewis Henry Morgan, der sich mit den Irokesen anfreundete und die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse im Altertum und die Verbindung zwischen der gesellschaftlichen Produktion und Verwandtschaftsformen, oder auch der Familie, studierte. Verwandtschaftliche Beziehungen in Form der „Gens“ (Gentilgesellschaft) oder des „Clans“ – was der heute gebräuchliche Begriff ist – bildeten den sozialen Rahmen der Menschen in einer primitiven Landwirtschaft. Auch wenn Morgan politisch kein Linker war, erkannte er, dass in dem frühen Stadium der Gesellschaft die „Eigentumskarriere“ nicht existierte, und sah in der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der alten Gentes“ ein Ziel für die Zukunft.

Seit Morgan hat man auf dem Gebiet der Anthropologie und der Archäologie viel dazu gelernt; zum Beispiel kam Engels zu der Einschätzung, dass es Klassengesellschaften seit 2500 Jahren gibt, während man heute weiß, dass sie seit mindestens 5000 Jahren existieren. Doch Morgans zentrale Erkenntnis – dass sich in

gesellschaftlichen Verhältnissen die materielle Basis der menschlichen Gesellschaft widerspiegelt oder „die aufeinander folgende Kunst des Unterhalts“ – hat sich nur bestätigt. „Morgan [hatte] die von Marx vor vierzig Jahren entdeckte materialistische Geschichtsauffassung in Amerika in seiner Art neu entdeckt“, wie Engels in seinem Vorwort schrieb.

In der primitiven Gesellschaft von gemeinschaftlichen Jägern und Sammlern basierte die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen nicht auf der Abhängigkeit der Frauen, sondern auf der biologischen Realität der Fürsorge für die Kinder. Bei der Arbeit, die Frauen für die Gemeinschaft leisteten, mussten die Schwangerschaft, das Stillen (es gab keine Kuhmilch und keinen Haferbrei als Ersatz für menschliche Milch) und die Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern berücksichtigt werden. So sagt die Anthropologin Eleanor Burke Leacock: „Das Wichtige für den Status

von Frauen war, dass die Hausarbeit gemeinschaftlich erledigt wurde und die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auf Gegenseitigkeit beruhte; eine wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau und ihrer Kinder vom Ehemann gab es nicht... Beide Geschlechter arbeiteten, um die für den Lebensunterhalt notwendigen Güter herzustellen.“

Nicht nur Marxisten und die meisten Anthropologen erkennen diese soziale Gleichheit an. Frühe europäische Entdecker in Amerika waren entrüstet darüber, dass eingeborene Frauen „die Verfügung über ihren eigenen Körper [hatten] und ihre Person nach Belieben veräußern konnten; sie hatten die Freiheit zu tun, was sie wollten.“

Diese primitive soziale Gleichheit wurde gestürzt, als mit solchen Erfindungen wie dem Ackerbau ein gesellschaftlicher Überschuss sich zu entwickeln begann, der die Teilung der Gesellschaft in Klassen provozierte. Mit den Klassen kam die Entwicklung der Institution der

Fortgesetzt auf Seite 18



Umschlag der Erstausgabe von 1884

Ursprung der Familie...

Fortsetzung von Seite 17

monogamen Familie und der männlichen Abstammungslinie, was Engels „die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts“ nannte. Die biologische Tatsache des Kindergebärens und der Kindererziehung waren von da an mit der sozialen Unterdrückung der Frau verbunden. Die Gesellschaft spaltete sich in antagonistische Klassen, und die herrschende, oder Eigentum besitzende, Klasse herrschte über die Gesellschaft durch den bewaffneten Staat. Als ein Mittel zur Konsolidierung des Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit, galt in der patriarchalischen Familie die Monogamie für Frauen, damit das Vererben des Eigentums geregelt werden konnte.

Die intellektuellen Schaumschläger von heute, die akademische Säle füllen und in den kapitalistischen Medien kritzeln, verbreiten die Lüge, dass die grausame Gesellschaft, in der wir leben, „unvermeidlich“ sei; dass Krieg, Konkurrenz und Aggression „angeboren“ seien; dass soziale Ungleichheit „in den Genen“ sei; dass die Staatsmacht notwendig sei, um das Böse im Menschen „unter Kontrolle“ zu halten.

Ganz im Gegenteil, der Staat ist ein Instrument zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Die Pariser Kommune von 1871 bewies, dass eine erfolgreiche sozialistische Revolution durch die Diktatur des Proletariats siegen muss, die alle Spuren der kapitalistischen Herrschaft auslöscht und die Basis für das Absterben des Staates überhaupt legen wird. Die folgende Auswahl von Zitaten aus Engels' Buch zeigt, dass Unterdrückung und Ausbeutung im Privateigentum wurzeln, einer menschlichen Erfindung, die geändert werden kann wie jede andere auch.

* * *

In der alten kommunistischen Haushaltung, die viele Ehepaare und ihre Kinder umfaßte, war die den Frauen übergebene Führung des Haushalts ebensogut eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer. Mit der patriarchalischen Familie und noch mehr mit der monogamen Einzelfamilie wurde dies anders. Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein *Privatdienst*; die Frau wurde erste Dienstinne, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt. Erst die große Industrie unsrer Zeit hat ihr – und auch nur der Proletarierin – den Weg zur gesellschaftlichen Produktion wieder eröffnet. Aber so, daß, wenn sie ihre Pflichten im Privatdienst der Familie erfüllt, sie von der öffentlichen Produktion ausge-

schlossen bleibt und nichts erwerben kann; und daß, wenn sie sich an der öffentlichen Industrie beteiligen und selbständig erwerben will, sie außerstand ist, Familienpflichten zu erfüllen. Und wie in der Fabrik, so geht es der Frau in allen Geschäftszweigen, bis in die Medizin und Advokatur hinein. Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offene oder verhüllte Haussklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt.

* * *

Und ebenso wird auch der eigentümliche Charakter der Herrschaft des Mannes über die Frau in der modernen Familie und die Notwendigkeit wie die Art der Herstellung einer wirklichen gesellschaftlichen Gleichstellung beider erst dann in grelles Tageslicht treten, sobald beide juristisch vollkommen gleichberechtigt sind. Es wird sich dann zeigen, daß die Befreiung der Frau zur ersten Vorbedingung hat die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie, und daß dies wieder erfordert die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftlicher Einheit der Gesellschaft.

* * *

Die Steigerung der Produktion in allen Zweigen – Viehzucht, Ackerbau, häusliches Handwerk – gab der menschlichen Arbeitskraft die Fähigkeit, ein größeres Produkt zu erzeugen, als zu ihrem Unterhalt erforderlich war. Sie steigerte gleichzeitig die tägliche Arbeitsmenge, die jedem Mitglied der Gens, der Hausgemeinde oder der Einzelfamilie zufiel. Die Einschaltung neuer Arbeitskräfte wurde wünschenswert. Der Krieg lieferte sie: Die Kriegsgefangenen wurden in Sklaven verwandelt. Die erste große gesellschaftliche Teilung der Arbeit zog mit ihrer Steigerung der Produktivität der Arbeit, also des Reichtums, und mit ihrer Erweiterung des Produktionsfeldes, unter den gegebenen geschichtlichen Gesamtbedingungen, die Sklaverei mit Notwendigkeit nach sich. Aus der ersten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung entsprang die erste große Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen: Herren und Sklaven, Ausbeuter und Ausgebeutete.

* * *

Der Unterschied von Reichen und Ärmern tritt neben den von Freien und Sklaven – mit der neuen Arbeitsteilung eine neue Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Die Besitzunterschiede der einzelnen Familienhäupter sprengen die alte kommunistische Hausgemeinde überall, wo sie sich bis dahin erhalten; mit ihr die gemeinsame Bebauung des

Spartacist Ireland
 Herausgegeben von der Spartacist Group Ireland, irische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Abonniert:
4 Ausgaben € 7,-

Bestellt bei:
 Postfach 2 35 55
 10127 Berlin
 Konto 119 88-601
 Postbank Frankfurt/M.
 BLZ 500 100 60

Women and Revolution

Gebundene Ausgabe

Wir freuen uns, die erste gebundene Ausgabe von *Women and Revolution* anzubieten – Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. *Women and Revolution*, jetzt integriert in *Spartacist*, die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Sie widerspiegelt unsere Verpflichtung auf den Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution.

Dieser Band, in Leinen gebunden und mit ausführlichem Sachregister, enthält die Ausgaben Nr. 1 (Mai/Juni 1971) bis Nr. 20 (Frühjahr 1980)

€ 27,-

Bestellt bei:
 Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Bodens für Rechnung dieser Gemeinde. Das Ackerland wird den einzelnen Familien zunächst auf Zeit, später ein für allemal zur Nutzung überwiesen, der Übergang in volles Privateigentum vollzieht sich allmählich und parallel mit dem Übergang der Paarungsehe in Monogamie. Die Einzelfamilie fängt an, die wirtschaftliche Einheit in der Gesellschaft zu werden.

* * *

... es sind die schmachlichsten Mittel – Diebstahl, Vergewaltigung, Hinterlist, Verrat, die die alte klassenlose Gentilgesellschaft unterhöhlen und zu Fall bringen. Und die neue Gesellschaft selbst, während der ganzen dritthalbtausend Jahre ihres Bestehens, ist nie etwas anderes gewesen als die Entwicklung der kleinen Minderzahl auf Kosten der ausgebeuteten und unterdrückten großen Mehrzahl, und sie ist dies jetzt mehr als je zuvor.

* * *

Es fehlte nur noch eins: eine Einrichtung, die die neu erworbenen Reichtümer der einzelnen nicht nur gegen die kommunistischen Traditionen der Gentilordnung sicherstellte, die nicht nur das früher so geringgeschätzte Privateigentum heiligte und diese Heiligung für den höchsten Zweck aller menschlichen Gemeinschaft erklärte, sondern die auch die nacheinander sich entwickelnden neuen Formen der Eigentumserwerbung, also der stets beschleunigten Vermehrung des Reichtums mit dem Stempel allgemein gesellschaftlicher Anerkennung versah; eine Einrichtung, die nicht nur die aufkommende Spaltung der Gesellschaft in Klassen verewigte, sondern auch das Recht der besitzenden Klasse auf Ausbeutung der nichtbesitzenden und die Herrschaft jener über diese.

Und diese Einrichtung kam. Der *Staat* wurde erfunden.

* * *

Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er „die Wirklichkeit der sittlichen Idee“, „das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft“, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unveröhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstrebenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.

* * *

Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor *allem* Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur

Nr. 2 **Die Gleichheit.** 2. Jahrgang

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Verlegt von Emma Jäger in Berlin (West).

Verlagsgesellschaft der Arbeiterinnen, Berlin

Die Kommunistische Fraueninternationale

Doppelheft 1/2 Monatschrift Jan./Feb. 1922

Der Internationale Kommunistische Frauentag.

Begeisterungstürme begrüßten den Antrag unserer bulgarischen Genossinnen und den Beschluß der Zweiten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen zu Moskau, den Internationalen Frauentag einheitlich russischen Genossinnen ihn beizubehalten.

Institut Für Marxismus-Leninismus, DDR



Clara Zetkin kämpfte in der frühen SPD für revolutionäre Arbeit unter Frauen. Die Gleichheit, gegründet 1891, wurde zu einem Forum für den internationalistischen, gegen den Krieg gerichteten, linken Flügel. Die Kommunistische Fraueninternationale weitete die Arbeit unter Frauen unter Leitung der Komintern international aus

Ein integraler und strategischer Bestandteil unserer Perspektive als Trotzlisten ist es, die Massen der Frauen für die proletarische, revolutionäre Avantgardepartei und den Kampf für den Sozialismus zu gewinnen. Wie Clara Zetkin 1921 sagte: „Ohne Eroberung der politischen Macht, ohne Aufrichtung der Räterediktatur kein kommunistischer Aufbau, keine Befreiung, keine Gleichberechtigung der Frauen. Aber ... ohne Mitarbeit, ohne den Mitkampf der Frauen keine Eroberung der politischen Macht, kein kommunistischer Aufbau.“ Genau in dieser Tradition intervenieren wir in die Kämpfe für Frauenrechte.

Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.

* * *

Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt. ■

New Orleans...

Fortsetzung von Seite 4

amerikanischen Stadt und eines wichtigen Hafens mit einer petrochemischen Industrie, die für 20 Prozent des Öls des Landes verantwortlich ist, irrational. Von Küste zu Küste sind Werktätige, Minderheiten und ein Großteil der übrigen Bevölkerung wütend auf die Leute, die dieses Land regieren.

Die Demokraten verfolgen Bush nun mit allem, was sie haben. Diese Regierung ist ein besonders krasser Ausdruck der Gier und Arroganz von Amerikas kapitalistischen Herrschern. Doch der Rückgang der Reallöhne und die Dezimierung der Arbeiterbewegung nahmen sowohl unter den Demokraten als auch unter den Republikanern zu, wie auch die Kluft zwischen Arm und Reich, die Verarmung der Ghetto- und Barrio-Bevölkerung und die massenhafte Einkerkung ihrer Jugend. In der Tat war es der Demokrat Clinton, der sich brüstete, die „Sozialhilfe, wie wir sie kannten“, abgeschafft zu haben.

Die Zerstörung von New Orleans ist das Ergebnis jahrzehntelanger Vernachlässigung unter der Federführung beider Parteien durch eine herrschende Klasse, die getrieben von der Gier nach kurzfristigem Gewinn nicht für die Ausbesserung ihrer verfallenden Infrastruktur bezahlen will. Vor vier Jahren warnte die FEMA selber, dass ein größerer Hurrikan, der New Orleans erreicht, eine der drei todbringendsten Katastrophen sei, die die USA treffen könnten. Wissenschaftler an der Louisiana State University arbeiteten Hunderte von möglichen Sturmszenarien aus und sagten voraus, dass mehr als 100 000 Menschen sterben könnten. Die Regierung antwortete mit der wiederholten Kürzung dringend benötigter Finanzmittel. Bis 2004 hatte die Bush-Regierung mehr als 80 Prozent des vom Army Corps of Engineers beantragten Budgets zur Verstärkung der Deiche des Lake Pontchartrain gestrichen. Diesen Juni verhängte die Regierung noch einschneidendere Kürzungen.

Bush und die Demokraten benutzten auf zynische Weise die Leichname der Werktätigen, die bei dem verbrecherischen Anschlag auf das World Trade Center vom 11. September 2001 getötet worden waren, als blutige Reliquien, um den „Krieg gegen den Terror“ und die Invasion von Afghanistan und Irak zu starten. Man kann jeden Schwarzen an der Golfküste fragen: Hat die Regierung Sie vor der Katastrophe geschützt? Sind die arbeitenden Menschen sicherer? Die „Homeland Security“ wird jetzt mit gezogener Waffe gegen Schwarze in New Orleans eingesetzt. Inzwischen fiebern schwarze Soldaten aus Louisiana und Mississippi, die in den Irak geschickt wurden, um für den amerikanischen Imperialismus zu töten und zu sterben, voller Schmerz Nachrichten entgegen, ob ihre Lieben zu Hause noch am Leben sind. Die blutige Unterjochung der iraki-

schen Völker wird von derselben Kapitalistenklasse ausgeführt, die Tod und Verwüstung über Abertausende Einwohner von New Orleans gebracht hat. **USA raus aus dem Irak – sofort! Nieder mit der imperialistischen Besetzung!**

Die kapitalistischen Herrscher haben ihre Prioritäten, und die Sorge um die Werktätigen gehört nicht dazu. Als Hurrikan Michelle 2001 Kuba erreichte, ein Sturm der Kategorie 4, wurden innerhalb von Stunden etwa 700 000 Menschen evakuiert – trotz dürftiger Straßenverhältnisse und Treibstoffmangels. Ungefähr 25 000 Freiwillige wurden mobilisiert, um von Tür zu Tür zu gehen und die Menschen auf die Evakuierung vorzubereiten; Lastwagen und Busse wurden bereitgestellt, um die Bevölkerung in Sicherheit zu bringen, und für die Flüchtlinge wurden Unterkünfte organisiert. Ähnliche Operationen fanden 2002, 2004 (Evakuierung von 1,9 Millionen Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 11 Millionen) und noch einmal in diesem Juli statt. Das zeigt die Stärke von Kubas kollektivierter Wirtschaft, die, trotz Castros bürokratischem Regime, nicht auf der Grundlage kapitalistischer Konkurrenz um Profite organisiert ist, sondern auf der Grundlage geplanter Wirtschaft. Die Kubanische Revolution 1960/61 verjagte die Kapitalisten, die US-Imperialisten, ihre CIA-Spione und Mafia-Handlanger und schuf einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat, der bedingungslos gegen den US-Imperialismus verteidigt werden muss.

Die Lage schreit nach einer Arbeiterrevolution in den Vereinigten Staaten, um das kapitalistische System zu beseitigen und eine Gesellschaft mit einer geplanten, kollektivierten Wirtschaft zu errichten. Dieses Land wurde auf der Versklavung der Schwarzen errichtet, und die bis heute andauernde gewaltsame Ausgrenzung der schwarzen Bevölkerung als eine durch Rasse/Hautfarbe definierte Kaste – als Letzte eingestellt und als Erste entlassen – ist die Hauptstütze für die kapitalistische Herrschaft. Diese grundlegende Unterjochung der schwarzen Bevölkerung ist es, die die rassistischen Vorurteile am Leben erhält, die die Arbeiterklasse spalten und schwächen. Karl Marx traf es genau, als er sagte: „Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird“ (*Das Kapital*, Bd. 1).

Heute sollten die Gewerkschaften – insbesondere die überwiegend schwarze Hafentarbeitergewerkschaft ILA im Südosten und an der Golfküste – für die Rettungsanstrengungen mobilisieren und ein massives Wiederaufbauprogramm fordern, das jedem Arbeitslosen Arbeit zum vollen Tariflohn verschafft. Doch die prokapitalistischen Gewerkschaftsführer mit ihren Bindungen an die Demokratische und Republikanische Partei haben sich durch ihre Tatenlosigkeit diskreditiert.

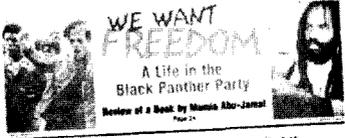
Der Patriotismus der „nationalen Einheit“, von der Bourgeoisie propagiert und von den Arbeiterirreführern angenommen, wird durch die Wut der Massen über das New-Orleans-Desaster der Regierung und über den in hohem Maße unpopulären Irakkrieg in Frage gestellt. Die gegenwärtigen Streiks bei Northwest Airlines und Boeing könnten, wenn sie von der übrigen Arbeiterbewegung unterstützt würden, für die Entfesselung der sozialen Macht der Arbeiterklasse wegweisend sein. Es ist der Klassenkampf des multirassischen Proletariats, der den Weg zum Sturz der heruntergekommenen kapitalistischen Ordnung und zur Errichtung einer Arbeiterregierung eröffnen kann. Die Spartacist League hat sich der Aufgabe verpflichtet, die bewussten Militanten des Klassenkampfes zusammenzubringen, um eine revolutionäre Partei zu schmieden, die alle Ausgebeuteten und Unterdrückten in diesem Kampf führt. Wie New Orleans zeigt, sind die Alternativen offensichtlich: Sozialismus oder Barbarei.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 854, 16. September 2005

A Spartacist Pamphlet \$1

Black History and the Class Struggle

No. 18



Review of a Book by Muntu Abu-Jamal

How the Liberals and Reformists Derailed the Struggle for Integration

For Black Liberation Through Socialist Revolution!



The "N" Word in Racist America

BESTELLT!

Black History and the Class Struggle Nr. 18

€ 1,- (48 Seiten)

Englischsprachige Zeitschrift

Enthalten im Abo von *Workers Vanguard*,
zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

PDS/WASG...

Fortsetzung von Seite 13

die Kandidatur von Oskar Lafontaine als Führungsfigur mit bundesweiter Ausstrahlung und Massenwirkung waren ... die entscheidenden Faktoren“ für den Sieg (*Solidarität*, 20. September). Die GAM will mit der PDS „den Kampf gegen den Generalangriff vorbereiten“ und, nun wieder in der PDS/WASG, „Für eine neue Arbeiterpartei kämpfen!“ Zwischenzeitlich hatte sie die WASG verlassen; wenn Gysi und Lafontaine aber so viele Stimmen holen können, dann muss die GAM einfach dabei sein.

Verschiedene Nazi-Organisationen bekamen zusammengekommen mehr als eine Million Stimmen, und in Sachsen hat sich inzwischen die NPD etabliert, nachdem die Skinheadgruppe SSS das südliche Sachsen jahrelang terrorisieren konnte. Die SAV sieht „Rassisten und Faschisten weitgehend in die Defensive gedrängt“, warnt aber auch davor, dass Enttäuschung in die Linkspartei einen weiteren Aufstieg der Faschisten erwarten lassen würde. Die SAV macht das Anwachsen der Nazis einfach an ihrem Erfolg oder Nichterfolg bei den Wahlen fest. Tatsächlich aber sind die Nazis in erster Linie gegen Immigranten und die Arbeiterbewegung insgesamt gerichtete Schocktruppen der Kapitalisten, die in Reserve gehalten werden. Sie werden nicht bei Wahlen gestoppt, sondern es braucht die entschlossene Mobilisierung von organisierten Arbeitern und Immigranten, um diesen Abschaum in seine Rattenlöcher zurückzutreiben. Die nach der Konterrevolution in der DDR heute in Sachsen ziemlich schwache Arbeiterbewegung braucht die Hilfe von schwereren Bataillonen hierfür. Dieser Kampf kann nur gegen die reformistische Politik von PDS/Lafontaine geführt werden, die zwangsläufig nationalistisch ist, da sie völlig im Rahmen des Kapitalismus bleibt. Sie appelliert sehr bewusst an rassistische und nationalistische Rückständigkeit und versucht, diese in „linke“ Wählerstimmen zu verwandeln, während sie auf der anderen Seite selbstmörderisches Vertrauen in den kapitalistischen Staat und die Bullen predigt, dass diese die Nazis aufhalten sollen. Wer aber nicht eindeutig Partei ergreift für die Rechte immigrierter und ausländischer Arbeiter, der hilft dabei, die Arbeiterbewegung rassistisch zu spalten und so den Nazis den Weg zu bereiten.

Neben der Bejubelung des Abschneidens der PDS haben die Linken aber auch alle das Problem, dass sie genau wissen, wofür die PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern steht. Das bereitet ihnen allen Bauchschmerzen; sind Linksruck und große Teile der Berliner WASG-Führung doch noch vor kurzer Zeit zusammen mit der Polizei „gewerkschaft“ Unterschriften sammeln gegangen, um den SPD/PDS-Senat zu stürzen. (Während das Unterschriftensammeln als solches prinzipiell in Ordnung gewesen wäre, war es ein Verrat, dies mit den Bullen gemeinsam zu tun.) So hoffen sie alle, dem drohenden Gespenst zu entgehen, dass die PDS/WASG genau das Gleiche tun wird, was die PDS schon seit Jahren in Berlin tut, nämlich den Sozialkahlschlag umzusetzen. Von der PDS zu fordern, dass sie aus der Regierung austritt, wie es z. B. die SAV tut, ist nicht mehr als eine taktische Arschabdeckung, um den eigenen Opportunismus nicht zu offensichtlich zu machen, denn das ganze Programm von PDS, WASG, Linkspartei ist darauf ausgerichtet, den Kapitalismus ein bisschen zu reformieren.

Als Gegengift schlägt die SAV ein subreformistisches Programm für die PDS-Bundestagsfraktion vor: 1) „sofortige Rücknahme von Hartz IV“ und Aufruf zu einer bundesweiten Demo dazu, 2) „Antrag für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 1500 Euro“, 3) „Teilnahme bei und praktische Unterstützung“ diverser Aktionskonfe-



Der Spiegel/Knut Mueller

Bundeswehrtruppen in Kabul, Teil der imperialistischen Kolonialbesatzung Afghanistans

renzen. Was die SAV an der PDS vor allen Dingen stört, ist aber folgendes: „... die Ablehnung der Linkspartei/PDS in Teilen der Bevölkerung (vor allem, aber nicht nur, in Westdeutschland) aufgrund ihrer SED-Vergangenheit. Diese Ablehnung konnte sie bisher nicht überwinden, weil sie nach wie vor die DDR als eine Form des Sozialismus bezeichnet und keine eindeutige und unmissverständliche Ablehnung der SED-Diktatur als anti-sozialistischer Regierungsform bezogen hat“ (*Solidarität*, 20. September). Dies ist einfacher sozialdemokratischer Antikommunismus der übelsten Art. Im Februar 1990, damals noch in Lafontaines SPD verkrochen, forderte die SAV „SPD in die Offensive“, um die DDR schneller zu zerstören. Damals waren sie rechts von der offiziellen SPD-Politik und heute ist die Bedingung der SAV für die Tolerierung einer SPD-Regierung sogar noch niedriger als für die PDS-Führung und Lafontaine: „Dies könnte nur eine Option sein, wenn die SPD einen Kurswechsel vollzieht und mit ihrer Agenda-Politik bricht.“ Während Gysi und Lafontaine den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu einer Bedingung für die Unterstützung einer SPD-Regierung machen (ohne die Bundeswehr auf dem Balkan zu erwähnen, den die deutschen Imperialisten als „ihren“ Hinterhof ansehen), spielt dies für die SAV offenbar keine Rolle. So viel zur formalen SAV-Position, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu sein. SAV-Unterstützer, die für eine sozialistische Revolution kämpfen wollen, statt Plakate für eine andere Variante der Sozialdemokratie zu kleben, während ihre Führung einen opportunistischen Verrat nach dem anderen ausführt, sollten sich mit dem revolutionären trotzkistischen Programm der IKL vertraut machen.

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Die GAM gibt sich etwas kritischer und beschreibt die PDS/WASG als „eindeutig reformistische, d. h. auf dem Boden des bürgerlichen Systems und der kapitalistischen Marktwirtschaft stehende Formationen“, aus denen die Führungen „ein Auffangbecken für künftige Radikalisierungen“ schaffen wollen (GAM-Infomail, 21. September). So weit, so gut. Doch die GAM kann es sich nicht verkneifen, ihren Teil dazu beizutragen, dass dieses Manöver dann auch wirklich klappt. Um dem Ganzen ein linkes Mäntelchen umzuhängen, fordert sie dann:

„Die kämpferischen ArbeiterInnen und Erwerbslosen, Gewerkschaftslinken, die sozialen Bewegungen, die

Fortgesetzt auf Seite 22

PDS/WASG...

Fortsetzung von Seite 21

Jugend müssen in die Formierung der Partei gezogen werden. Nur so kann die Linkspartei zu einem Mobilisierungs- und Kampfinstrument werden, das mehr als die Summe aus PDS und WASG ist. Dazu sind offene Konferenzen zu den politischen Grundlagen einer solchen Partei notwendig. Zu diesen sollen alle, die gegen Agenda 2010, Krieg und Rassismus usw. kämpfen wollen, eingeladen werden. Sie müssen für alle organisierten Linken offen stehen.“

Faktisch heißt das, dass alle die, die von den realen Gysi- und Lafontaine-Sauereien genug haben, genau wieder dahin geführt werden sollen, sich diesen unterzuordnen, als Manövrierarmee für die Sozialdemokraten der GAM, in Wahrheit aber eher der PDS-Führung. Was da wohl am Ende für eine Organisation herauskommt? Sich über die Programmdiskussion in der WASG als eine „bürokratische Farce“ beschwerend, was wir gerne glauben, bringt die GAM ihre revisionistische Politik auf den Punkt:

„Wirkliche Offenheit bedeutet, dass neben reformistischen und keynesianischen Positionen anti-kapitalistische, revolutionäre, kommunistische Positionen gleichberechtigt zur Diskussion stehen und jeder Strömung in einer neuen Partei das Recht auf offene Organisation eingeräumt wird.“

Dies ist eine offene Revision des Marxismus, und insbesondere des Leninismus, über die elementarste Frage der proletarischen Revolution, nämlich der Notwendigkeit einer proletarischen Avantgardepartei, um die Revolution zu führen. Das heißt, dass die GAM hier die zentrale Lehre der Arbeiterbewegung seit der Oktoberrevolution – der bis-

her einzigen erfolgreichen Arbeiterrevolution – in ihr Gegenteil verkehrt. Dies ist die Lehre von der Notwendigkeit, sich von der Bourgeoisie und ihren Agenten in der Arbeiterbewegung, besonders den Sozialdemokraten, abzuspalten. Die GAM predigt hier die sozialdemokratische Konzeption der Partei der Gesamtklasse, was die Unterordnung von kommunistischen Positionen unter die der Reformisten mit keynesianischen Positionen zwangsläufig bedeutet. Wir stehen in der Tradition von Lenin, der eine programmatische Spaltung von der II. Internationale herbei führte. Wenn auch verspätet, führten Liebknecht und Luxemburg diese Spaltung auch in Deutschland durch. Dies ist unsere Tradition: der Bruch mit sozialdemokratischem Reformismus jeder Färbung! ■



Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der I.K.L.

Deutsche Ausgabe
Nr. 24, Sommer 2004

€ 1,50

(im Spartakist-Abo enthalten)

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 28

die MOVE-Kommune von Powelton Village im August 1978 einen Polizisten der Stakeout-Einheit [Eliteeinheit gegen Schwerestrafkriminalität] getötet zu haben; doch der Bulle wurde durch Kreuzfeuer der Polizei getötet. Die MOVE-Mitglieder wurden zu 30 bis 100 Jahren Gefängnis verurteilt, und ihre juristischen Einwände wurden vor Gericht nicht zugelassen. Diese Gerichtsfälle untermauern ebenso wie der von Mumia, die grundlegende Wahrheit, dass es vor den kapitalistischen Gerichten keine Gerechtigkeit gibt [Applaus]. Kapitalistische Justiz bedeutet „just us“ [hat es „nur auf uns“ abgesehen].

Ich gehörte von 1995 bis Juni 1999 Mumias Verteidigungsteam an und war mit den Ermittlungen der Verteidigung betraut. Diese Ermittlungen waren es, die zur Auffindung von Arnold Beverly führten und zur Beschaffung seines Geständnisses, er habe am 9. Dezember 1981 den Polizeibeamten Daniel Faulkner erschossen. Ich verließ das Verteidigungsteam zusammen mit Jon Piper, als sein Hauptverteidiger – Mumias damaliger Hauptverteidiger – Leonard Weinglass und sein Kollege Dan Williams Mumia daran hinderten, diesen Beweis seiner Unschuld vor Gericht zu präsentieren. Die Fakten dieser Ermittlungen sind, wie Pam bereits sagte, in meiner eidesstattlichen Erklärung enthalten. Ich werde auf sie gleich etwas näher eingehen.

Meine Arbeit für den Kampf um Mumias Freiheit begann nicht erst mit dem Verteidigungsteam, sondern schon Jahre zuvor, 1987, im Zusammenhang mit dem Kampf des PDC für die Freiheit von Gefangenen des Klassenkriegs wie Geronimo ji Jaga (Pratt). Es ist wichtig zu verstehen, dass unseren Grundsätzen und unserer Arbeit die Prinzipien

einer nichtsektiererischen, klassenkämpferischen Einheitsfrontverteidigung in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der Spartacist League zugrunde liegen. Wir setzen unser ganzes Vertrauen auf die Macht der Massen und überhaupt keines auf die sogenannte „Rechtsprechung“ der Gerichte [Applaus].

Wir initiierten eine weltweite Kampagne zur Rettung Mumia Abu-Jamals und zur Abschaffung der Todesstrafe. Aus Prinzip gestehen wir dem Staat nicht das Recht der Entscheidung über Leben und Tod zu. Die Todesstrafe ist die äußerste Form institutionalisierten staatlichen Terrors und Mordes und sie dient dazu, jeden einzuschüchtern und zu beseitigen, der es wagt den rassistischen amerikanischen Kapitalismus herauszufordern. In den Vereinigten Staaten ist die Todesstrafe die legalisierte Form der Lynchjustiz des „Jim-Crow“-Systems der Rassentrennung [Publikum: „genau“, Applaus]. Mumias Fall offenbart das wirkliche Wesen der Todesstrafe.

Morgen ist Mumias 51. Geburtstag; er verbrachte die letzten 23 Jahre in der Todeszelle. Die Bullen, die Staatsanwaltschaft, das gesamte Straf-, „rechts“-system haben sich verschworen, diesen Mann zu töten. Sein Verbrechen? Sein Verbrechen war es, redegewandt und ein wirkungsvoller Kritiker der rassistischen Unterdrückung zu sein, die in diesem Lande existiert. Mumia sagt, er „kämpft, um eine Revolution in Amerika hervorzubringen. Revolution bedeutet totale Veränderung.“ Für den amerikanischen kapitalistischen Staat ist Mumia damit ein Toter auf Urlaub.

Mumia ist in Gefahr. Die Rache des kapitalistischen Staates verfolgt ihn. Es ist jetzt notwendig und dringend erforderlich, jetzt, wo Mumias Fall in die letzten Stadien des Verfahrens eintritt, mehr denn je, auf der Grundlage zu mobilisieren, dass Mumia unschuldig ist. Er hätte nie

verhaftet, nie vor Gericht gestellt, nie verurteilt werden dürfen [Applaus]. Wir kämpfen für die Freiheit von Mumia!

Die Gefahr, in der Mumia heute schwebt, hat ihren Ursprung im Jahre 1969, als er als Fünfzehnjähriger Mitglied der Black Panther Party war und ins Fadenkreuz der mörderischen COINTELPRO-Kampagne [Counterintelligence Program – Gegenspionage-Programm] des FBI geriet, durch die 38 Panther in ihrem Bett und auf der Straße getötet und Hunderte aufgrund von abgekarteten Anklagen ins Gefängnis geworfen wurden. Die Botschaft des damaligen FBI-Direktors [J. Edgar] Hoover war: „Den jugendlichen und gemäßigten Neger*innen muss zu verstehen gegeben werden, dass sie, wenn sie sich revolutionären Lehren verschreiben, tote Revolutionäre sein werden.“ Dies war die Politik des demokratischen Präsidenten Lyndon Johnson und seines Justizministers Ramsey Clark.

Der COINTELPRO-Operation des FBI gelang es damals nicht, Mumia unter eine abgekartete Anklage zu stellen oder zu ermorden. Doch er blieb im Fadenkreuz des kapitalistischen Staates – verfolgt während der nächsten 10 Jahre, während er einer der herausragenden Journalisten in Philly [Philadelphia] wurde – die „Stimme der Entrechteten“. Er sagte die Wahrheit über die Verfolgung von MOVE durch die Regierung und stellte, wie er sagte, die Geschichte aus der Sicht der Afrikaner*innen dar. Es war der lange Arm von COINTELPRO, der ihn einholte, als die Polizei von Philly am 9. Dezember 1981 die Gelegenheit ergriff und ihn auf der Straße anschoß und verprügelte. Der Staat und seine Gerichte haben über zwei Jahrzehnte lang versucht, mit rassistischen abgekarteten Gerichtsverfahren das Werk zu vollenden.

Mumias Fall ist ein Lehrbeispiel manipulierter Anklagen durch die Polizei. Er ist eine Lektion über den Klassencharakter des Staates, der nicht neutral ist. Der Staat ist das Gewaltinstrument – die organisierte Gewalt – der einen Klasse, der Kapitalistenklasse, zur Verteidigung ihres Profit-systems gegen Werktätige und Minderheiten. In den Vereinigten Staaten ist die gewaltsame Unterwerfung der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung am unteren Ende der Gesellschaft die Schlüsselfrage. Diese staatliche Gewaltausübung äußert sich in Terror und manipulierten Anklagen



New York, Harlem, 23. April: Rachel Wolkenstein hält Rede für das PDC bei Veranstaltung für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal

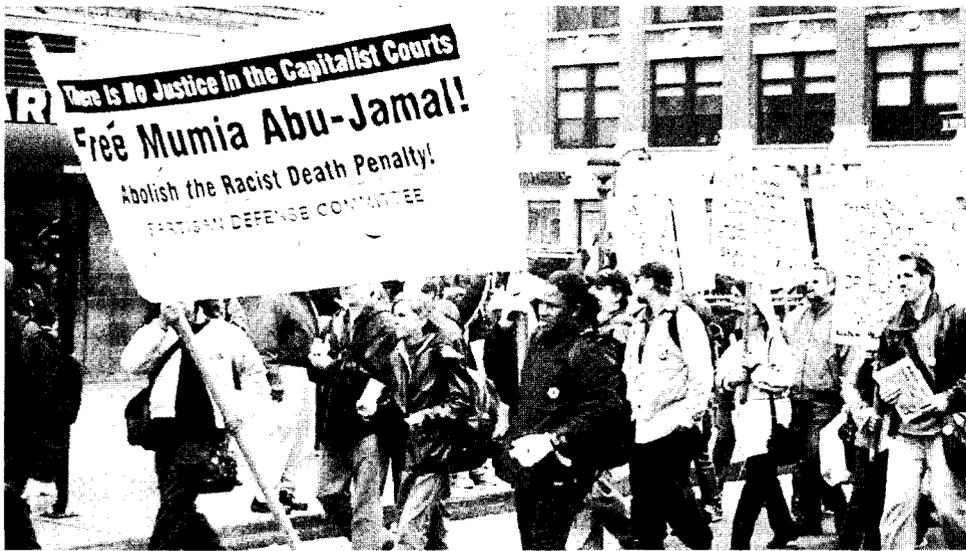
durch die rassistischen, brutalen und korrupten Bullen. Ihr kennt jene Beispiele: Panther wie Geronimo Pratt, Dhoruba bin Wahad; Immigranten wie Amadou Diallo; selbst bis hin zu Demonstranten beim Konvent der Republikanischen Partei. Jeder Protest gegen den Krieg und die Besetzung im Irak, wirklich jeder – es ist vollkommen klar, dass im Weißen Haus ein wahnsinniger und verrückter Präsident sitzt [Applaus]. Doch die nach dem 11. September begonnene so genannte Antiterrorismuskampagne wird voll und ganz von der Demokratischen Partei unterstützt. Und sie alle haben Mumia im Visier [Applaus].

Ich spreche darüber, weil wir dies verstehen und nach diesem Verständnis handeln müssen. Es ist der einzige Weg, der zum Sieg führt – zur Freiheit für Mumia. Alle juristischen Verfahren und Rechtsmittel müssen im Interesse Mumias ausgeschöpft werden, doch wir können uns keine Illusionen in oder Vertrauen auf die kapitalistischen Gerichte leisten und auch nicht auf bürgerliche Politiker, seien sie schwarz oder weiß, Demokraten, Republikaner oder Grüne. Für den Kampf um Mumias Freiheit muss unabhängig vom rassistischen kapitalistischen Staat mobilisiert werden. Unterstützung für die Sache Mumias durch bürgerliche Politiker wie Bürgermeister Dinkins ist willkommen, aber die Mobilisierung für die Kampagne kann nicht nach ihrer Akzeptanz für sie maßgeschneidert werden – mit Argumenten, dass das kapitalistische Unrechtssystem gerecht und reformierbar gemacht werden kann. Es ist die soziale Macht der organisierten Arbeiterschaft und ihrer Verbündeten erforderlich, um die Art von Druck zu erzeugen, die wir benötigen, um Mumias Freiheit zu erreichen – eine Massenbewegung, die hauptsächlich auf der Macht der Arbeiterklasse basiert, der Macht, Arbeitskraft zu verweigern, d. h. zu streiken. Wie die Mitglieder der AFSCME [American Federation of State, County and Municipal Employees – Gewerkschaft von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst], die durch Brenda Stokely vertreten wird. Wie die Arbeiter der öffentlichen Verkehrsbetriebe, die sich jetzt hier im Raum befinden. Stellt euch vor, was es bedeuten würde, wenn die New Yorker öffentlichen Verkehrsbetriebe für Mumia in den Streik träten [Applaus].

Forderungen nach einem neuen Prozess werden nie zur Freiheit von Mumia führen. Es sollte nicht nur völlig klar sein, dass Mumia nie einen Tag im Gefängnis hätte verbringen dürfen, sondern auch, dass das Gerede über einen „gerechten Prozess“ nur Illusionen in die kapitalistischen Gerichte schürt. Diese Illusionen demobilisierten eine Bewegung, die einst Millionen auf der ganzen Welt umfasste. Die Massenbewegung muss von neuem aufgebaut

Fortgesetzt auf Seite 24

	<p>Oben: Zeitschrift des PDC, <i>Class Struggle Defense Notes</i></p> <p>€ 0,50</p>
	<p>Broschüre des Partisan Defense Committee, 1974 von der SL/U.S. gegründete klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation</p> <p>€ 0,50</p> <p>Zu beziehen über das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin</p>



Workers Vanguard

Revolutionäres Kontingent bei der Mumia-Demonstration am 23. April in Harlem: „Es gibt keine Gerechtigkeit in kapitalistischen Gerichten“

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 23

werden auf der Grundlage, dass Mumias Verurteilung und Todesstrafe *politisch motiviert* waren, und es ist im Interesse aller Werktätigen, ob schwarz oder weiß, Staatsbürger oder Immigrant, sich zusammenzuschließen und für Mumias Freiheit zu kämpfen [Applaus]. Der Kampf für Mumias Freiheit ist Teil des Kampfes um Gleichheit der Schwarzen in Amerika, der wiederum Teil des weitergehenden Kampfes gegen das kapitalistische System ist.

Die abgekartete Anklage gegen Mumia

Die Wahrheit ist im Laufe *zweier Jahrzehnte* von Berufungsverfahren zutage getreten. Mumias Fall durchlief die Gerichte Pennsylvanias bis hin zum Supreme Court [Oberster Gerichtshof] der USA dreimal, einschließlich dreier Beweisaufnahmeanhörungen zur Wiederaufnahme des Verfahrens. Sein Fall liegt nun dem Bundesberufungsgericht vor. Jedes einzelne Gericht hat bisher Beweise für Mumias Unschuld zurückgewiesen: Beweise für Lügen der Polizei und der Staatsanwaltschaft – die Zeugen bedrohten, damit sie falsch aussagten, die Mumias Geständnis fälschten – und Beweise für stümperhafte ballistische Untersuchungen. Richterin Dembe in Philadelphia verweigerte Mumia eine Anhörung zu dem neuen Beweismaterial, das vorliegt. Und die letzten drei Jahre weigerten sich die Gerichte – Staats- und Bundesgerichte – das Geständnis Arnold Beverlys in Betracht zu ziehen. Bundesrichter Yohn hob vor über drei Jahren Mumias Todesstrafe auf. Doch solange die Berufung der Regierung läuft, sitzt Mumia immer noch in der Todeszelle, 23 Stunden täglich in Einzelhaft in einer Zelle, die er als Leben in einem Klo beschrieb.

Worum geht es bei dem Beverly-Beweismaterial? Bitte gebt mir noch ein wenig Zeit für diese Ausführungen [Publikum: „ja“, Applaus]. Dieses Beweismaterial für Mumias Unschuld ist mehr als Beverlys Geständnis oder der Lügendetektortest, den er bestand. Beverly erklärt, dass die Polizei in Zusammenarbeit mit der Mafia ihn und einen anderen Mann angeheuert habe, damit er den Polizeibeamten Faulkner ermordet. Faulkner war für die korrupte Polizei und die Mafia ein Problem, weil er gegen Schiebung und Bestechung einschritt. Weinglass wies dieses Beweismaterial als zu heiß und unglaubwürdig zurück, und Williams sagte, dies vorzulegen würde darauf hinauslaufen, zu behaupten, die Polizei habe bewusst eine manipulierte Anklage gegen einen Unschuldigen erhoben! Stellt euch vor [Gelächter]. Dies ist

nicht nur glaubwürdig, sondern die Realität bei den Bullen und Gerichten. In Philly gehörten während der Mumia-Anhörungen von 1995 Enthüllungen über manipulierte Anklagen der Bullen gegen Schwarze wegen Drogenhandels zu den täglichen Titelseitennachrichten – über 300 Fälle wurden annulliert. Es gibt da den Ramparts-Fall aus L.A., den Bullen aus Boston mit Mafia-Verbindungen, und jetzt in den Nachrichten zwei New Yorker Kriminalbeamte der Mordkommission, die gleichzeitig auf der Gehaltsliste der Mafia standen und wegen Mordes im Dienst bei der uniformierten Einheit angeklagt sind.

Weitere Zeugenaussagen untermauern Beverlys Aussage; Mumias Bruder William Cook gibt in seiner eidesstattlichen Erklärung an, ein

weiterer Mann habe sich zum Zeitpunkt der Ermordung Faulkners am Tatort befunden: Ken Freeman, der ebenfalls angab, dass ein Mord an Faulkner geplant war. Donald Hersing, ein Informant des FBI, bestätigt in seiner eidesstattlichen Aussage, dass zum Zeitpunkt der Erschießung Faulkners gegen den befehlshabenden Beamten der Polizeieinheit, gegen den Chef der Mordkommission und gegen einen gewissen Inspektor Alfonso Giordano bundespolizeiliche Ermittlungen wegen Korruptionsvorwürfen liefen. Nicht zufällig bildeten diese Bullen die Befehlskette in Faulkners Fall. Und Giordano kannte Mumia. Mehr darüber gleich. Diese Bullen machten sich Sorgen wegen möglicher Polizeiinformanten. Zum Zeitpunkt von Faulkners Ermordung liefen drei bundespolizeiliche Ermittlungsverfahren, die sich mit Polizeikorruption in Verbindung mit der Mafia befassten. Polizisten, die als Informanten des FBI arbeiteten, waren in den 80er-Jahren Opfer von Mordanschlägen. Ein Vertreter der Bundesstaatsanwaltschaft gab uns gegenüber zu, dass sie einen Polizeiinformanten hatten, dessen Bruder ebenfalls ein Bulle war, wie Faulkner. Diese Ermittlungen auf Bundesebene bedeuten auch, dass das FBI von dem, was am 9. Dezember im Zentrum Philadelphias passierte, viel weiß – Informationen, die herauszugeben es sich bisher geweigert hat.

Beverly gibt an, es seien verdeckt ermittelnde und uniformierte Polizisten am Tatort gewesen, um sicherzustellen, dass der Mordanschlag erfolgt, und um Beverly die Flucht zu ermöglichen. Dies stützt die Aussage von William Singletary, die Bullen seien sofort am Tatort gewesen. Marcus Cannon, ein weiterer Zeuge, sagte aus, zwei verdeckt ermittelnde Bullen seien während der Erschießung am Tatort gewesen. Erneut eine Bestätigung Beverlys.

Inspektor Giordano, ranghöchster Beamter am Tatort, Hauptzeuge gegen Mumia bei den Voruntersuchungen nach der Verhaftung: Er war nicht nur einer der Bullen, gegen die wegen Korruption ermittelt wurde, er war auch der Mann von Frank Rizzo [ehemaliger Polizeichef und späterer Bürgermeister von Philadelphia], seine rechte Hand, beteiligt an der täglichen Überwachung der Mitglieder der Black Panther Party in den 60er- und frühen 70er-Jahren, und er leitete die Stakeout-Einheit der Polizei bei dem Angriff auf die Black Panther Party von Philly in den 70er-Jahren. Giordano war leitender Polizeibeamter während der jahrelangen Belagerung des MOVE-Hauses in Powelton Village. Er wusste genau, wer Mumia war. Er war der Bulle, der als erster meldete, dass Mumias Schusswaffe auf der Straße gefunden worden sei, etwa 12 Minuten nachdem sich schon Bul-

len dort eingefunden hatten. Er arrangierte die angebliche Identifizierung Mumias durch den Taxifahrer Robert Chobert, dem man Vergünstigungen versprach und den man polizeilich schützte. Giordano ist der Bulle, der Mumia im Polizeitransporter schlug und sagte, Mumia habe dort gestanden, Faulkner erschossen zu haben. Giordano sagte nie bei Mumias Verhandlung aus. Ja, er quittierte den Polizeidienst an dem Tag, nachdem Mumias Verhandlung vorüber war. Im Jahre 1986 bekannte er sich angesichts von Anschuldigungen des Bundes wegen der Entgegennahme von Zehntausenden von Dollars an Schmiergeldern in der Zeit von 1979/80 für schuldig und verbrachte keinen einzigen Tag im Gefängnis.

Beverly gibt an, Faulkner sei zuerst in den Rücken geschossen worden und er habe ihn dann in den Kopf geschossen, bevor Mumia überhaupt am Tatort erschien. Mumia sei von einem eintreffenden Polizeibeamten angeschossen worden, sagt Beverly. Bullen der Mordkommission am Tatort gaben gegenüber der Gerichtsmedizin an, Mumia sei von einem eintreffenden Polizeibeamten angeschossen worden. Beverly gibt an, eine Waffe des Kalibers .22 zu besitzen. Das vorhandene Ergebnis der ballistischen Untersuchung und die Blutspuren am Tatort widersprechen der abgekarteten Darstellung der Staatsanwaltschaft. Die Flugbahnen sind falsch. Beides legt vielmehr die Annahme nahe, dass mehr als ein Schütze auf Faulkner geschossen hat, dass eine andere Schusswaffe als die von Mumia oder Faulkner benutzt wurde, und die gefundenen Geschosse und Geschosshülsen passen nicht zu der Darstellung der Staatsanwaltschaft. Mumias Wunden passen nicht dazu, dass er von Faulkner angeschossen worden sein soll. Der Stakeout-Beamte, der angeblich Mumias Schusswaffe fand, bezeugte vor Gericht, dass die Kugeln in Mumias Waffe ein anderes Fabrikat hatten als im Ballistikgutachten aufgeführt.

Beverly gab an, er habe in dieser Nacht eine grüne Armeejacke getragen. William Singletary hatte angegeben, die Waffe des Schützen habe sich wie eine vom Kaliber .22 angehört und dieser habe eine grüne Armeejacke getragen. Billy Cook sagte aus, Freeman habe eine grüne Armeejacke getragen und sei vom Tatort weggelaufen. Außerdem gaben damals zwei Polizeibeamte an, dass der Schütze eine grüne Armeejacke getragen habe; das Gleiche sagte auch ein ziviler Zeuge. Aber Mumia trug einen roten Skianorak mit breiten vertikalen blauen Streifen, und Billy Cook trug eine blaue Nehru-Jacke mit Messingknöpfen. Diese Aussagen – von Singletary, von Beverly – können auch bestätigen, dass der Schütze wegrannte, und es war ein Schütze in einer grünen Armeejacke.

Die Angaben von Beverly und Hersing untermauern auch die Aussage von Pamela Jenkins und nun auch Yvette Williams, dass die Hauptbelastungszeugin Cynthia White bedroht und mit Vergünstigungen geködert wurde, damit sie im Zeugenstand lügt und behauptet, sie habe gesehen, wie Mumia Faulkner erschoss.

Es gibt noch mehr, viel mehr. Welche Bedeutung hat das Beverly-Beweismaterial und *weshalb* wurde es unterdrückt? Es gibt eine einfache Antwort – weil es den Schwindel, das amerikanische Justizsystem könne für Gerechtigkeit sorgen, entlarvt. Es beweist, dass Bullen, Staatsanwaltschaft und Gerichte alle das gleiche Ziel verfolgen, die Interessen der kapitalistischen Herrscher zu wahren. Es macht deutlich, dass das Mumia zugefügte Unrecht nicht die Handlung eines einzelnen schurkenhaften Bullen oder Staatsanwalts oder Richters war, sondern dass so das gesamte kapitalistische Unrechtssystem funktioniert [Applaus]. Williams' Buch *Executing Justice*, das dieses Beweismaterial denunziert, diente der Staatsanwaltschaft und den bürgerlichen Gerich-



Demo in Berlin, Februar 2000: Spartakist-Block für Mumias Freiheit und gegen Illusionen in „fairen Prozess“

ten dazu, Beverlys Geständnis und die Beweise, die es untermauern, nicht als Beweismittel zuzulassen. Dieses Buch, und nur dieses Buch, wurde dazu benutzt, dieses Beweismaterial abzulehnen.

Das sollte uns allen hier klarmachen, was wir für die Freiheit Mumias tun müssen; dass sich die Gerichte nicht bewegen werden, sei es wegen einer rassistisch voreingenommenen Geschworenenauswahl, was stimmt, oder weil ihm unter Verletzung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht erlaubt wurde, sich selbst zu verteidigen, was stimmt, oder angesichts des Fehlverhaltens der Staatsanwaltschaft, das enorm ist. Und was ich euch erzählt habe und was ihr bereits wisst, ist nur die Spitze des Eisbergs. Nichts davon wird geschehen, die Gerichte werden sich nicht bewegen ohne die Macht einer internationalen Massenmobilisierung, die im Wesentlichen auf der Arbeiterbewegung basiert.

Dass Mumia unschuldig ist, ist *die Wahrheit*. Dass der kapitalistische Staat Jahrzehnte darauf verwendet hat, ihn unter eine abgekartete Anklage zu stellen, ist die Wahrheit. Es liegt im Wesen des Staates, dass er all seine verlogenen, korrupten klassen- und rassenvoreingenommenen Kräfte aufbietet, um Mumia tot zu sehen. Doch wir müssen die Wahrheit über Mumias Fall benutzen – von der ich und andere euch nur einen Teil nahe bringen konnten –, um mehr Macht aufzubieten, mehr soziale Macht, um den Sieg zu erkämpfen und Mumia freizubekommen. Freiheit für Mumia! [Applaus] ■

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
11 Ausgaben € 12,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

WORKERS VANGUARD

New Orleans:
Capitalist Crimes and Cover-Ups

Break with the Democrats! For a Workers Party!

Black Liberation and the
Fight for a Workers America



Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.



Reuters



Spartakist

Links: Eines von vielen palästinensischen Häusern, das 2004 durch israelische Besatzungstruppen im Gazastreifen zerstört wurde. Rechts: Spartakisten auf Demo zur Verteidigung der Palästinenser in Berlin, 2003

Gaza-Ghetto...

Fortsetzung von Seite 28

etwa der Größe des New Yorker Stadtteils Queens – und aus vier Siedlungen auf der Westbank. Der Abzug findet statt, während gleichzeitig sehr viel mehr Siedlungen auf der Westbank und in Ostjerusalem gebaut werden, die immer mehr palästinensisches Land verschlingen. Die Palästinensische Autonomiebehörde demonstriert erneut den Bankrott des kleinbürgerlichen Nationalismus, sie spricht heute davon, „unser Land aufzubauen“ im Gazastreifen: eine winzige, staubige Landparzelle, in der 1,3 Millionen verarmte Palästinenser eingesperrt sein werden, umzingelt und unter der Knute des israelischen Militärs. Scharons Vizepremierminister, Ehud Olmert, betonte, dass das israelische Militär jetzt *besser* in der Lage sei, das desolote Ghetto zu überwachen. Die *New York Times* (11. August) zitierte Olmert mit der Aussage, der Abzug „wird nicht die Fähigkeit der israelischen Sicherheitskräfte mindern, zu reagieren“, und schrieb dazu: „Ohne israelische Siedler in Gaza, deutete [Olmert] an, könnte die Armee sogar noch härter zuschlagen.“

Dass Scharon die Siedler aus dem Gazastreifen entfernte, womit er eine zuvor von der Arbeitspartei vorgeschlagene Politik umsetzte, wurde als ein Schritt vorwärts für die unterdrückten Palästinenser propagiert, und zwar nicht nur von Sprechern der Imperialisten, sondern auch von linken Hurraschreibern für den so genannten palästinensischen „Widerstand“. Die Workers World Party (WWP), eine pseudosozialistische Organisation, die die Antikriegskoalition ANSWER initiierte, bejubelt den „Sieg des standhaften palästinensischen Widerstands“ wegen der „Tatsache, dass Israel gezwungen ist, sich zurückzuziehen“ (*Workers World*, 18. August). Die WWP begeistert sich: „Die Stimmung des fortdauernden Widerstands in Gaza zeigt sich in Plakaten, auf denen steht: ‚Heute Gaza, morgen Jerusalem und die Westbank‘ und ‚Der Widerstand siegt – lasst uns vorwärts gehen!‘“ Die WWP hatte früher eher linke, säkularer Varianten des arabischen Nationalismus propagiert, heute bejubelt sie einen „Widerstand“, der von den frauenfeindlichen, antisemitischen islamischen Reaktionären von Hamas dominiert wird.

Zeitungen und Fernsehen zeigten weinende Siedlerfamilien und widerstrebende israelische Soldaten und stellten dem Szenen von jubelnden, Flaggen schwingenden Palästi-

nensern entgegen. Zweifellos freuen sich Palästinenser über den Abzug der verhassten Siedler aus dem Gazastreifen nach 38 Jahren. Sie sind jedoch nicht so euphorisch, wie man es aus den westlichen kapitalistischen Medien schlussfolgern könnte (oder aus *Workers World* und ihresgleichen). Ein 12-jähriger Junge gab an, seine Hoffnung für die Zukunft sei es, „die Treppen nach oben zu gehen“: Vor fünf Jahren übernahm die israelische Armee die oberen zwei Stockwerke des Hauses, in dem er wohnt. In „einer Sprache verminderter Erwartungen“, so der Reporter, sagte eine alte Frau: „Wenn Gott es so will, hoffen wir auf das Beste, für uns und für sie. Wir bitten nur die Vereinten Nationen und die UNRWA [UN-Flüchtlingshilfswerk], uns eine Abwasserleitung zu legen“ (*Middle East Report Online*, 19. Mai).

Es ist notwendig, den vollständigen, bedingungslosen Rückzug aller israelischen Truppen und Siedler aus allen besetzten Gebieten zu fordern, einschließlich Ostjerusalem und Golanhöhen, und ebenso die sofortige Entfernung aller gegen Araber gerichteten Befestigungen – dazu gehören die militärischen Kontrollposten, die Mauern und Zäune und das Apartheid-Straßennetz. Ungeachtet dessen, was WWP und palästinensische Nationalisten sagen, ist es vollkommen töricht, zu glauben, dass der gegenwärtige „Abzug“ aus dem Gazastreifen zu einem palästinensischen Staat einschließlich der Westbank und Ostjerusalems führen wird. Scharon machte das klar: Zeitgleich mit der Evakuierung von Gaza startete er ein massives Programm zum Bau neuer Siedlungen im Westjordanland.

Selbst wenn es den Palästinensern gelänge, in diesen Gebieten einen Ministaat zu erlangen – ökonomisch nicht lebensfähig und unter israelischer Oberherrschaft –, wäre das wohl kaum die Verwirklichung palästinensischer Selbstbestimmung. Wirkliche Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes ist unmöglich ohne die Zerschlagung sowohl des zionistischen Staats Israel, dessen Existenz auf der Unterdrückung des palästinensischen Volkes basiert, als auch des haschemitischen Königreichs Jordanien, dessen Bevölkerung zu etwa 60 Prozent aus Palästinensern besteht.

Im Gegensatz zu diversen „linken“ Bejublern des arabischen Nationalismus haben wir immer darauf bestanden, dass die nationale Befreiung der Palästinenser nicht auf Kosten des nationalen Existenzrechts des hebräischsprachigen Volkes umgesetzt werden darf. Angesichts der Tatsache, dass die hebräischsprachigen und palästinensisch-arabi-

schen Bevölkerungen einander durchdringen – zwei Völker, die Anspruch auf dasselbe Gebiet erheben –, liegt die einzige gerechte Lösung der nationalen Frage im revolutionären Sturz sämtlicher bürgerlicher Regime in der Region. Nur durch die Errichtung einer geplanten Wirtschaft in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens können zueinander in Konflikt stehende Ansprüche auf Land und Wasser gerecht gelöst und alle Sprachen, Religionen und Kulturen gleichgestellt werden.

Der israelische Abzug aus dem Gazastreifen und aus einer Hand voll Siedlungen auf der Westbank ist eine Karikatur des Deals „erst Gaza/Jericho“, dem ersten Schritt des Osloer „Friedens“abkommens 1993, durch das die Palästinensische Autonomiebehörde entstand. In einem Artikel mit der Überschrift „Israel/PLO-Deal: Palästinenser-Ghetto“ schrieben wir: Dieses Abkommen „ist keinerlei Ausdruck von Selbstbestimmung, auch nicht in irgendeiner äußerst deformierten Weise“, und es würde „der nationalen Unterdrückung der seit langem leidenden palästinensischen Massen die offizielle Zustimmung der PLO geben“ (*Workers Vanguard* Nr. 583, 10. September 1993). Wir fügten hinzu:

„Diese grotesken Geschäfte auf dem Rücken des unterjochten palästinensischen Volkes sind ein Wendepunkt im Nahen Osten. Durch diese Aktion hat die PLO fundamentalistische Reaktionäre wie Hamas dazu eingeladen, als die einzigen Kämpfer gegen die zionistische Besatzung zu posieren. Der kleinbürgerliche arabische Nationalismus hat sich als die bankrotte und impotente Sackgasse erwiesen, die er schon immer gewesen ist.“

Dieser Deal, der von der Arbeitspartei Jitzhak Rabins umgesetzt wurde, führte in den folgenden Jahren direkt zur Verdopplung der Anzahl der Siedler in den besetzten Gebieten. Die Palästinenser, denen es zuvor gelungen war, sich als Niedriglohn-Arbeiter im israelischen Bauwesen und in der Landwirtschaft durchzuschlagen, waren nun im Wesentlichen auf ihre abgetrennten Dörfer und armseligen Flüchtlingslager beschränkt und von der Möglichkeit, einen Lebensunterhalt zu verdienen, abgeschnitten; sie wurden durch Wanderarbeiter aus Osteuropa und Südostasien ersetzt. Eine Bevölkerung, die einst zu den gebildetesten und kosmopolitischsten des Nahen Ostens zählte, gerät heute zunehmend unter den Einfluss der islamischen Reaktion. Während der ersten Intifada in den späten 80er-Jahren entstand eine Vielzahl von Frauenorganisationen, die traditionelle Werte in Frage stellten, aber heute werden palästinensische Frauen, besonders im Gazastreifen, zunehmend dazu gezwungen, den Schleier zu tragen, und viele wurden Opfer von „Ehren“-morden.

Heute, wo die Fatah-Bewegung von Mahmoud Abbas, Jassir Arafats Nachfolger, zunehmend diskreditiert und verachtet wird, bringt die Hamas sich in Stellung, um daraus das größtmögliche politische Kapital zu schlagen. Im Ver-

lauf des letzten Jahres errangen Hamas-Kandidaten schätzungsweise 60 Prozent aller Sitze bei Regionalwahlen im Gazastreifen und im Westjordanland. In der Stadt Kalkilja im Westjordanland gewann die Hamas-Liste alle 15 zu besetzenden Positionen, was gesehen wurde als „Protest nicht nur gegen die Geschichte der Fatah in Sachen Misswirtschaft, sondern auch gegen die Machtlosigkeit der Fatah, die nicht verhindern konnte, dass die Stadt rundum durch Israels Mauer eingeschlossen ist“ (*Middle East Report Online*, 21. August). Hamas hat auch die Absicht, bei den Wahlen für eine gesetzgebende Versammlung zu kandidieren, die für nächsten Januar geplant sind.

Die Selbstmord-Bombenanschläge, die von Gruppen wie Hamas gegen unschuldige israelische Zivilisten durchgeführt werden – im Gegensatz zu Angriffen auf das israelische Militär und dessen bewaffnete Siedler-Hilfstruppen – sind kriminelle Terrorakte, die nur die Auswirkung haben können, jegliche Risse in der israelischen Gesellschaft zu kitten. Der Ausgangspunkt für alle, die für soziale Gerechtigkeit und die nationale Befreiung der unterdrückten Palästinenser kämpfen, muss sein, dass Israel ebenso wie die benachbarten arabischen Länder eine kapitalistische Gesellschaft ist mit einer Klassenlinie zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Zum Proletariat gehören nicht nur aschkenasische Juden europäischer Herkunft, sondern auch die stärker geknechteten sephardischen Juden aus dem Nahen Osten und eine zutiefst unterdrückte palästinensisch-arabische Minderheit.

Der seiner Natur nach unterdrückerische zionistische Staat muss und kann nur von innen hinweggefegt werden, durch eine proletarische Revolution, die palästinensische und hebräischsprachige Arbeiter gegen den gemeinsamen Klassenfeind vereint. Damit dies Realität wird, ist es wahrscheinlich notwendig, dass zuvor anderswo eine sozialistische Revolution unter dem Banner des proletarischen Internationalismus siegt. Aber wo immer die hebräische Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung kämpft, muss sie Vorkämpfer für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes sein. Umgekehrt können die arabischen arbeitenden Massen erst zu einer Perspektive der proletarischen Revolution gewonnen werden, wenn sie von arabischem Nationalismus und Antisemitismus gebrochen werden. Entscheidend notwendig ist die Schmiebung revolutionärer marxistischer Parteien im gesamten Nahen Osten, die gestählt sind im kompromisslosesten Kampf sowohl gegen fundamentalistische Reaktion jeder religiösen Couleur als auch gegen jede Spielart des Nationalismus, wie säkular oder „progressiv“ sie auch auftreten mag. Es gibt keinen anderen Weg. **Verteidigt das palästinensische Volk! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 853, 2. September 2005

SPARTAKIST 4

Für PD kein

Die Geburt des zionistischen Staates
Die jüdische Kolonialisierung von Palästina

Eine marxistische Analyse

Volle St

Bestellt!

Spartakist Nr. 159, Sommer 2005.
„Die Geburt des zionistischen Staates“ (links), eine Übersetzung aus *Workers Vanguard* von 1973/74, ist eine grundlegende marxistische Analyse der Entstehung Israels und der fortgesetzten Konflikte im Nahen Osten.

Spartakist Nr. 152, Herbst 2003.
„Antinationale/Antideutsche“: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!“ (rechts) ist eine umfassende Entlarvung dieser rassistischen prozionistischen Ex-Linken, ihrer Entstehung, ihrer Finanzierung und ihrer Methode, unter Ausnutzung der „Kollektivschuld“-Lüge in linke Milieus einzudringen, um diese zu zerstören

Zu beziehen über die Kontaktadresse

SPARTAKIST 4

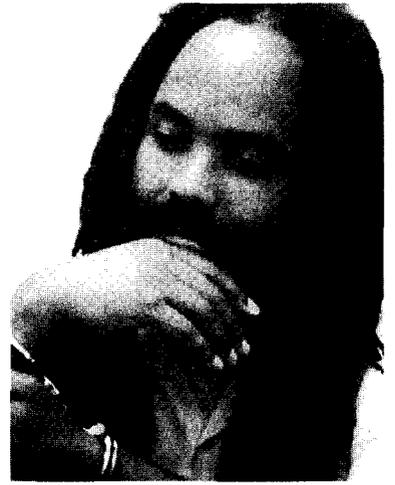
SPARTAKIST

„Antinationale/Antideutsche“: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!

Stopp! die Angriffe der „Antinationalen“ auf Linke und Palästinenser!

SPARTAKIST

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig!



www.rhumia.de

Wir drucken hier, übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 848 vom 13. Mai 2005, die Rede Rachel Wolkensteins vom Partisan Defense Committee auf der Saalkundgebung für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal am 23. April in Harlem ab. Aufgerufen hatten u.a. die International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal, die NYC Free Mumia Abu-Jamal Coalition und das International Action Center.

Freiheit, sofort!

Ich möchte mich besonders bei Pam Africa herzlich für die Einladung bedanken, hier zu sprechen und die Wahrheit über Mumias Gerichtsverfahren aufzudecken und über die Gefahren zu reden, denen wir uns stellen müssen.

In drei Wochen wird sich der rassistische Mord an MOVE-Mitgliedern und fünf MOVE-Kindern zum 20. Mal jähren, als eine Bombe auf ihr Haus in der Osage Avenue in Philadelphia abgeworfen wurde. Die Bombe wurde vom

FBI, dem ATF [Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms – Bundespolizeibehörde zur Verfolgung von Alkohol-, Tabak- und Waffenkriminalität; Teil des Finanzministeriums] und der Polizei von Philadelphia abgeworfen. Die Muttertagsbotschaft des kapitalistischen Staates vom 13. Mai 1985 an MOVE lautete: „Attention, MOVE. This is America.“ [Achtung, MOVE. Dies ist Amerika.] Die Verbrecher in der Regierung kamen mit ihrem Mord ungestraft davon, ohne auch nur einen Denkkzettel erhalten zu haben. Ramona Africa ging für Jahre ins Gefängnis wegen des Verbrechens, den rassistischen Holocaust überlebt zu haben. Das alles ist nicht ohne Bezug zu Mumias Fall, denn als der Staat Mumia 1982 in der Todeszelle einsperrte, zog er einen wirkungsvollen Verteidiger der MOVE-Organisation aus dem Verkehr.

Es waren inhaftierte MOVE-Unterstützer, die 1987 das Partisan Defense Committee darum baten, Mumias Verteidigung aufzunehmen. Neun MOVE-Mitglieder waren für schuldig befunden worden, während des Polizeiangriffs auf

Fortgesetzt auf Seite 22

Israelische Truppen, Siedler raus aus *allen* besetzten Gebieten! Zionisten verlassen Gaza-Ghetto

28. August – Am 4. August, kurz bevor Ariel Sharon die Siedler aus dem Gazastreifen evakuierte, eröffnete im nördlichen Israel ein ultrachauvinistischer Unterstützer der Siedler das Feuer auf einen Bus voller Araber, er tötete vier Personen und verwundete mehrere andere. Zwei Wochen später startete ein Siedler im Westjordanland einen blutigen Amoklauf und ermordete vier Palästinenser. Letzte Woche begingen israelische Soldaten im Flüchtlingslager Tulkarem im Westjordanland ein weiteres Massaker, sie ermordeten insgesamt fünf Menschen, von denen es hieß, sie seien palästinensische Kämpfer gewesen. Der Gazastreifen ist weiterhin von einem Elektrozaun umschlossen. Die Westbank wird von einer Ghettomauer durchschnitten und ist zerstückelt durch militärische Kontrollposten und vom Militär kontrollierte Straßen, die nur von Juden benutzt werden dürfen. Hunger, Krankheiten, Elend und Hoffnungslosigkeit quälen die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete. Das ist das wahre Gesicht des gepriesenen „Rückzugs“ des zionistischen Israels.

Die heutige Situation ist das Ergebnis von jahrzehntelangem Landraub durch die Zionisten, begünstigt durch den

Verrat der nationalistischen Führer des palästinensischen Volkes. 1971 erklärte die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), sie sei dagegen, einen palästinensischen Staat zu akzeptieren, der weniger als das gesamte als Israel bekannte Gebiet und die besetzten Gebiete umfasse. Drei Jahre später trat die PLO für einen „Ministaat“ auf der Westbank ein und stellte dies als einen Übergangsschritt zu einem „demokratischen, säkularen Palästina“ dar. 1988 akzeptierte die PLO explizit die Existenz des zionistischen Staates, der seinem Wesen nach die Palästinenser ausschließt, und 1993 unterzeichneten die PLO und Israel ein von den USA vermitteltes Abkommen, die Osloer Verträge, worin die PLO sich einverstanden erklärte, im Austausch für palästinensische „Autonomie“ die besetzten Gebiete für die zionistischen Herrscher zu überwachen.

Inzwischen beschloss nun die Regierung von Ariel Sharon, dem Schlächter der palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Schatila im Libanon 1982, dass israelischen nationalen Interessen am besten gedient sei durch den Abzug von ca. 8000 Siedlern aus dem Gazastreifen – einem Gebiet von

Fortgesetzt auf Seite 26

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!